Auszüge aus den Reden der Genossen Fosco Dinucci und Ernst Aust in Rom Seite 7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 7, vom 18. Februar 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Nieder mit Polizeiterror und Hetzpropaganda

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo!

„Kein Atomwerk in Brokdorf oder anderswo" – für diese Parole sind heute Tausende bereit zu kämpfen. Die Bourgeoisie scheut vor keinem Mittel zurück, um diesen Kampf zu sabotieren und zu zerschlagen. Vor allem will sie verhindern, daß breitere Teile der Werktätigen revolutionäre Kampfpositionen einnehmen, daß sie den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengen.Deshalb arbeitete sie auf Spaltung der Bürgerinitiativen hin und versuchte durch massive Einschüchterungspropaganda von außen und reformistische Propaganda von innen die Bewegung auf den Weg des Pazifismus, der prinzipiellen Ablehnung der revolutionären Gewalt zu zerren. Gleichzeitig rüstet die Bourgeoisie bereits seit langem zu einem Bürgerkrieg in Brokdorf. Nach ihren Plänen soll der Bauplatz in Brokdorf zu einer Falle für den kämpferischsten Teil der Demonstranten werden, vor allem für die Kommunisten. Aber mit diesen hinterhältigen Plänen wird die Bourgeoisie den Kampf gegen das KKW am 19. 2. nicht verhindern können. „Brokdorf, wir kommen wieder", war und ist die Losung von Tausenden.

Spalterdemonstration

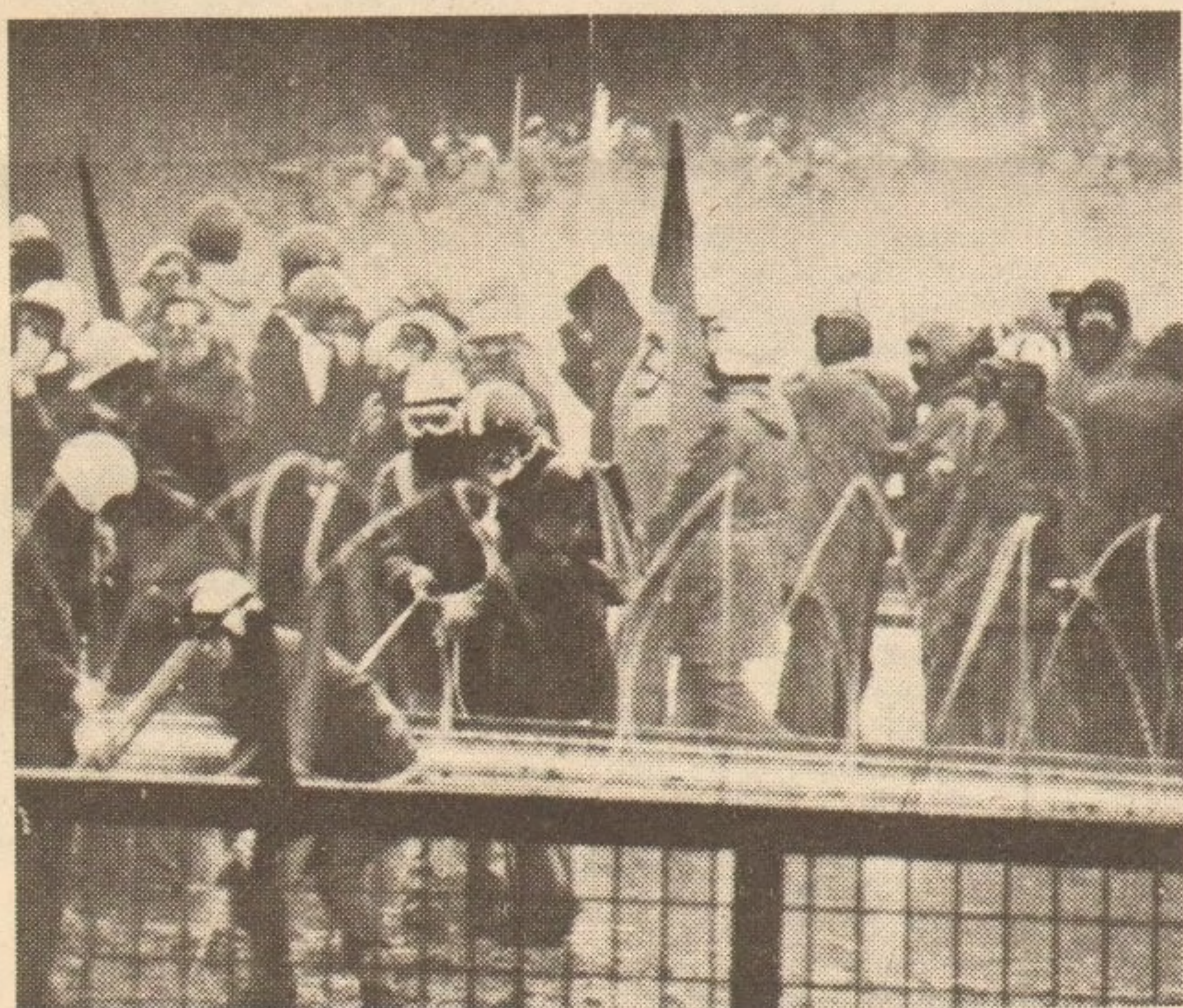
Seit einiger Zeit steht fest, daß es eine zweite, eine Spalterdemonstration in Itzehoe geben wird, die sich angeblich als einzige ernsthaft gegen den Bau des KKW in Brokdorf richtet. Die Initiatoren dieser Demonstration behaupten von sich, daß sie alleine es sind, die in Wirklichkeit die Interessen der Werktätigen vertreten. Wer aber sind diese Initiatoren und was ist von dieser Demonstration zu halten?

Zu der Demonstration in Itzehoe haben u. a. die Leitung der nordelbischen Kirche, der Bundesvorstand der Jusos, Abgeordnete von CDU, SPD und FDP, die Vorstände bestimmter Bürgerinitiativen (bei der Bürgerinitiative Föhr z. B. repräsentiert durch den örtlichen Unternehmerverband) usw. usf. aufgerufen. Eingereiht in diese Front sind auch die modernen Revisionisten der D„K"P, die vor allem dafür gesorgt haben, daß die Demonstration in Itzehoe möglich wurde. Alle diese Kräfte, die von sich behaupten, die Mehrheit der Bürgerinitiativen zu repräsentieren, waren auf der Landeskonferenz der Bürgerinitiativen in Rendsburg am 30. 1. in der Minderheit geblieben. Diese Konferenz beschloß, in Brokdorf zu demonstrieren. Die meisten Vorstände der Minderheitsfraktion erschienen daraufhin gar nicht erst zur nächsten Landeskonferenz am 6. 2. in Wilster, sondern beschäftigten sich gleich mit der Organisierung einer Spalterdemonstration.

Ein Blick in die bürgerliche Presse genügt, um festzustellen, daß die Demonstration in Itzehoe tatsächlich nicht im Interesse der Werktätigen liegt, sondern einzig und allein den Kapitalisten und der Regierung nützt, die mit allen Mitteln den Bau des Atomkraftwerkes durchsetzen wollen. Selten war die Freude der Presse so unverhohlen, das Frohlocken über die „Spaltung" so offenherzig. Selbst der schleswig-holsteinische Sozialminister Claussen gab seinen Segen: *„Am besten nicht an der Baustelle, sondern in Itzehoe demonstrieren oder noch besser, gar nicht!" „In Itzehoe oder noch besser gar nicht ..."* – das ist es, was sich die Bourgeoisie wünscht, worüber die Kapitalistenverbände, die Regierung, die bürgerlichen Presseleute, die Polizei- und Bundesgrenzschutzoffiziere frohlocken und wofür ihre Lakaien kämpfen.

Es ist offenkundig, daß diese „Gegendemonstration" in Itzehoe den Segen der Bourgeoisie hat. Eine Tatsache, die jeden ehrlichen KKW-Gegner mißtrauisch machen, ihn erneut überlegen lassen sollte, ob sein Platz wirklich in diesen Reihen von Kirche, SPD, CDU und D„K"P ist.

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1



November 1976: An der Spitze der 30000 Demonstranten kämpften unter den Fahnen der Partei mutig die Genossen, um eine Bresche in die Festung der Polizeitruppen zu schlagen.

ÖTV-Tarifrunde

Provokatives 5,2%-Angebot

5,2 Prozent und ein zusätzlicher Urlaubstag für die unteren Lohngruppen – über ein Urlaubsgeld kein Wort. Dieses Angebot von Innenminister Maihofer und Konsorten bei den Tarifverhandlungen im Bereich des öffentlichen Dienstes ist ein dreister und unverfrorener Angriff auf die Arbeiter und kleinen Angestellten, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Es ist schon längst klar: Der Staat will die Reallöhne und -gehälter für die Werktätigen des öffentlichen Dienstes weiter abbauen. Schon seit Wochen ist von Seiten des kapitalistischen Propagandaapparates eine hemmungslose Hetzpropaganda gegen die Werktätigen des öffentlichen Dienstes im Gange. Ihre gerechten Lohnforderungen werden als „Anschlag auf das Gemeinwohl" diffamiert.

Aber es sind doch gerade die Herren, die hinter dieser Hetzpropaganda stehen, die z. B. als Bundestagsabgeordnete unlängst sich selbst Diätenerhöhungen bewilligt haben, die höher sind als das gesamte Einkommen eines Arbeiters oder kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst. Es sind doch die Kapitalisten, die vom Staat riesige Subventionen kassieren oder Steuergeschenke erhalten, die jährlich durch Milliardensummen aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Diese ausgemachten Schmarotzer sind es, in deren Auftrag die Zeitungen und das Fernsehen den Kampf der Werktätigen im öffentlichen Dienst gegen Lohnraub als „egoistisch" und „asozial" diffamieren.

Dabei wird in dieser Hetze stets vorausgesetzt, daß der Staat und die zu ihm gehörigen Institutionen „die Gesamtinteressen der Gesellschaft vertreten", das sogenannte „Gemeinwohl", welches durch die angeblich „maßlosen Lohnforderungen" der Werktätigen im öffentlichen Dienst geschädigt würde.

Der Bonner Staat vertritt nichts anderes als die Profit- und Machtinteressen der Kapitalistenklasse gegenüber der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk.

Auch ÖTV-Chef Kluncker, der

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 1

Weitere Grussbotschaften an den III. Parteitag

Die begeisternde öffentliche Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML, die am 5. Februar in Ludwigshafen stattfand, hat zu einem großen Aufschwung der Arbeit in der ganzen Partei sowie auch in der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der Partei, geführt. Überall in den Orten werden die neuen Aufgaben, die der III. Parteitag der KPD/ML den Genossen gesteckt hat, diskutiert, werden Erfahrungen zusammengefaßt und Überlegungen angestellt, wie die Partei breiter unter den werktätigen Massen, wie sie insbesondere unter den Kollegen im Betrieb verankert werden kann. Intensiv wird von allen Genossen und Sympathisanten begonnen, den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei zu studieren. Viele Sympathisanten, die zur Abschlußveranstaltung mitgekommen waren, haben inzwischen, begeistert von dieser Manifestation des Kampfgeistes und der korrekten Linie der Partei, den Wunsch geäußert, sich in den Reihen der Partei fest zu organisieren, um so noch besser gemeinsam mit der Partei vorwärts auf dem Weg des III. Parteitages zur sozialistischen Revolution, zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland voranzuschreiten.

Nach der öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages, an der verschiedene Delegationen marxistisch-leninistischer Bruderparteien und -organisationen teilgenommen haben, sind noch weitere Grußadressen marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen eingetroffen. Auch haben uns verschiedene Protestresolutionen gegen die Einreiseverweigerung der westdeutschen Imperialisten gegenüber der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, die unter Leitung des Genossen Foto Çami, Mitglied des ZK der PAA, an der Abschlußveranstaltung teilnehmen wollte, erreicht. Wir drucken diese Grußadressen und Protestresolutionen auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe ab.

AUS DEM INHALT

Kein Atomkraftwerk...!

Fortsetzung von Seite 1

Auge um Auge, Zahn um Zahn

Wie begründen die Initiatoren der Itzehoer Demonstration ihren Aufruf zu einer eigenen, spalterischen Demonstration? Sie sagen: *„Wir wollen keine Gewalt, wir sind prinzipiell gegen Gewalt. Wir wollen keine Provokation, wie sie eine Demonstration in Brokdorf unvermeidlich sein würde."* **Das ist, gelinde gesagt, schon eine Unverschämtheit.** Wer sind denn die Provokateure? Etwa die Zehntausende von Werktätigen, die in Brokdorf für ihre Lebensinteressen kämpfen? Nein, die Provokateure sind diejenigen, die in Brokdorf ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der Werktätigen ein Atomkraftwerk bauen wollen, die die Baustelle wie ein KZ haben absichern lassen und diese Baustelle mit brutalstem Terror gegen die Werktätigen verteidigt haben und verteidigen werden – die Kapitalisten und ihre Regierung.

Sie haben gezeigt, daß sie bereit sind, mit brutalstem Terror und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gewaltsamen Mitteln den berechtigten Kampf der Werktätigen zu unterdrücken. Sollen wir ihnen etwa, wenn sie uns einen Schlag auf die linke Backe versetzen, auch noch die rechte hinhalten? Nein, wir halten es da lieber mit der Losung: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Wer es prinzipiell ablehnt, daß sich die Werktätigen gewaltsam gegen die Kapitalisten und ihren Unterdrückerstaat mit Polizei, Bundesgrenzschutz und Armee zur Wehr setzen, predigt die Kapitulation, mag er auch noch so viele „friedliche" Protestumzüge organisieren.

Schlimmer noch, eine solche Linie führt dazu, daß die Werktätigen dem staatlichen Terror schutzlos ausgesetzt sind und der Polizei und dem Bundesgrenzschutz in jeder Beziehung entwaffnet gegenüberstehen. **Wer so etwas, wie die modernen Revisionisten der D„K"P, bewußt propagiert, ist ein Verräter, ein Lakai der Bourgeoisie, der ebenso bekämpft werden muß wie diese selbst. Das ist eine prinzipielle Frage.**

Eine ganz andere Frage ist es, daß die Demonstranten in Brokdorf nicht ins offene Messer der Polizei und des Bundesgrenzschutzes laufen dürfen. Wie die Demonstration verlaufen wird, wie und mit welchen Mitteln der Kampf organisiert werden muß – das hängt von den Gegebenheiten, von der eigenen Stärke und der des Gegners ab. Hier heißt es nicht nur entschlossen, sondern zugleich auch klug und umsichtig zu kämpfen.

Hetze

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen gesehen, daß die Bourgeoisie und ihre Lakaien die Speerspitze ihrer Hetze gegen die gerechte Anwendung der Gewalt von Seiten der Werktätigen, gegen unsere Partei richten, weil sie die Linie des revolutionären Kampfes propagiert, die Werktätigen auf dieser Linie organisiert und im Kampf vorangeht. Vorläufiger Höhepunkt dieser Hetzkampagne war die Verteilung eines gefälschten Flugblattes der KPD/ML, über das wir bereits im „Roten Morgen" Nr. 5/77 berichtet haben. In diesem gefälschten Flugblatt werden die unglaublichsten Behauptungen aufgestellt, so z.B., die KPD/ML habe die Absicht, die Trecker der Bauern in der Wilstermarsch anzuzünden und ähnliches mehr.

Brokdorf: „Zündet die Traktoren an!" Bild

P.A. Ha[...]

Kommunisten wollen in Sc[...] Traktoren stehlen, anzünden [...] den gegen die Polizei benutzen. Da[...] einem geheimen Rundschreiben der KPD/ML (Marxisten-Leninisten) hervor. Mit dem Flugblatt wird eine Demonstration am 19. Februar gegen das Kernkraftwerk Brokdorf vorbereitet.

In dem Schreiben heißt es: „Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten ... Wir besorgen uns die Trecker und andere Fahrzeuge der Bauern (mindestens 50) und fahren mit eigenen Fahrern an bestimmte Punkte.

Wir blockieren dann für mindestens zwölf Stunden die Bewegungen der Polizei, wenn wir nachhaltig dafür sorgen, daß die Trecker der Bauern nicht mehr fahrbar sind (am besten mit Benzin überschütten und anstecken)."

UZ Zeitung der DKP

Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen

Die DKP distanziert sich vom Vorgehen maoistischer Gruppierungen, die sich gegen die Beschlüsse der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe stellen. Die maoistischen Gruppen legen es darauf an, die Bewegung der Bürgerinitiativen gegen die Atomkraftwerke zu spalten. Sie liefern zugleich der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der Bundesregierung den Vorwand, Gewalt gegen die Gegner des Baus von Atomkraftwerken anzuwenden. Es ist bezeichnend, daß nunmehr auch Neonazis zu Aktionen am 19. 2. 1977 in Brokdorf aufrufen.

In ähnlichem Stil soll die maoistische Gruppe KPD/ML in einem Flugblatt intern zu terroristischen Akten aufgerufen haben: „Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten."

Unsere Partei hat diese Provokation nicht kampflos hingenommen. Wir haben an die Zeitungsredaktionen eine Richtigstellung geschickt und Strafanzeige gestellt. Wir haben mit den Bauern in der Wilstermarsch, bei denen das gefälschte Flugblatt von vornherein auf Unglauben gestoßen ist, gesprochen. Wir haben bei der „Bild"-Zeitung die Veröffentlichung einer Gegendarstellung erzwungen. Und wir werden vor allem in diesen Tagen in der ganzen Bundesrepublik ein Flugblatt verteilen, um alle Werktätigen, die in der bürgerlichen Presse das gefälschte Flugblatt vorgesetzt bekommen haben, über die Methoden aufzuklären, mit denen die Bourgeoisie versucht, gegen den gerechten Kampf der Atomkraftwerksgegner vorzugehen. In unserem Flugblatt heißt es unter anderem:

„Bild" lügt!

„Roter Terror", „Bürgerkrieg in Brokdorf – Offene Kampfansage der KPD/ML", „Revolution auf Raten" verkünden reißerische Schlagzeilen. Allen voran Springers *„Bild"*, deren Tintenkulis die Richtigstellung genauso erhalten haben, wie alle anderen Zeitungen. Sie kümmert das einen Dreck und unverfroren wird weitergelogen: Am 8. Februar können vier Millionen „Bild"-Leser in großer Aufmachung auf der ersten Seite lesen: *„Brokdorf: Zündet die Traktoren an! – Kommunisten wollen in Schleswig-Holstein Traktoren stehlen, anzünden und als Barrikaden gegen die Polizei benutzen. Das geht (!) aus einem geheimen (!) Rundschreiben (!) der KPD/ML (!) hervor . . ."*

Nur einen Tag später fällt – im Verein mit der Springerpresse – die von Honecker bezahlte Zeitung „UZ" der Verräterpartei D„K"P in den Hetzchor ein: *„Maoisten planen in Brokdorf Provokation!"*

Inzwischen ist es offenkundig. Die Fälschung ist nicht die Tat eines Irren oder irgendeines isolierten niederträchtigen Reaktionärs oder Faschisten. Nein, dazu spielt hierbei der ganze Apparat von Behörden, Polizei, Regierung und Springerpresse und Revisionisten zu gut zusammen.

. . . und dann Gnade ihnen, den Herren!

Und was die „Bild"-Zeitung betrifft, erinnern sich die Herren Springer und Konsorten besser beizeiten, daß sich schon einmal der ganze jahrelang aufgestaute Haß und die Wut der Arbeiter, Werktätigen und Studenten gegen ihr Lügenblatt entlud. Und damals brannten bereits die Zeitungsstapel und die Lieferwagen, waren die Ausgänge ihrer Propagandaküchen in Berlin, Hamburg, München und anderswo besetzt . . .

Spaltungsversuche, Zersetzung, Verleumdung, psychologische „Kriegs"führung, Bürgerkriegseinsätze, Bundesgrenzschutz, Terror – die Bourgeoisie hat all dies eingesetzt und wird sich dieser Methoden weiter bedienen. Nur – verhindern können sie die Massendemonstration am 19. Februar mit alle dem nicht, geschweige denn, die gesamte Bewegung gegen die Atomkraftwerke niedertreten. Denn im Kampf für die unmittelbare Existenz, für Leben und Gesundheit, ist irgendwann der Punkt erreicht, wo alle Einschüchterungen, alle heimtückischen Tricks und aller Terror niemanden mehr abhalten. Der Punkt, wo der Bourgeoisie all ihre Panzerwagen, Wasserwerfer, Hubschrauber und Gasgranaten, wo ihnen alles nichts mehr nützt. Und dann Gnade ihnen, den Herren!

Erklärung der BUU Brokdorf/Wewelsfleth

In der Zeit vom 25. bis 27. 1. 1977 erhielten bestimmte Einwohner der Wilstermarsch beiliegendes Flugblatt. Es wurden nur Bauern ausgewählt, die noch nicht Mitglied der Bürgerinitiative sind.

Auffällig ist, daß der Landrat und die Polizei schon frühzeitig im Besitz von großen Mengen dieses Papiers waren.

Inhalt und Art des Flugblattes, und wie es nur bestimmten Bürgern zugespielt wurde, lassen vermuten, daß es sich hierbei um einen Versuch von offizieller Stelle handelt, die Einwohner der Wilstermarsch zu verunsichern und deren Widerstand zu lähmen. (. . .)

Woher auch immer dieses Flugblatt stammt:

Wir protestieren dagegen, daß eine junge Bürgerrechtsbewegung nicht nur mit Brutalität, sondern neuerdings auch mit Heimtücke im Keim erstickt werden soll.

Im Namen der BUU Wewelsfleth, Brokdorf

Erklärung der BUU Hamburg-Altona

In der Woche vor der Rendsburger Konferenz wurde in der Wilstermarsch ein Flugblatt unter dem Namen der KPD/ML verteilt. Das Flugblatt ist eindeutig eine Fälschung im Interesse der Landesregierung und der NWK. In diesem Flugblatt wird gesagt, daß die KPD/ML vorhabe, den Bauern die Trecker wegzunehmen und zu zerstören, um die Bauplatzbesetzung durchzuführen. Hier wirft der Staat der KPD/ML gerade das vor, was er selbst betreibt, nämlich die Existenz der Bauern zu zerstören, gerade durch den Bau des AKW in Brokdorf. Wir sichern den von solchen Provokationen im Interesse des NWK bedrohten Bauern jede Unterstützung zu.

Der Staat versucht, die BUU zu spalten, indem er sich willkürlich die KPD/ML herausgreift, der er unterstellt, daß sie sich über das einheitliche Vorgehen aller Gegner des Atomenergieprogramms und gerade auch der Bauern in der Wilstermarsch hinwegsetzt. Wir verurteilen solche Fälschungen, die einen Spaltungsversuch darstellen.

Andererseits zeigen diese Methoden ganz deutlich, daß der Staat mit den verschiedensten Spaltungsmanövern versucht, die Einheit gegen das Atomenergieprogramm zu zerstören. Wir werden weiterhin für die Einheit der Bewegung kämpfen und rufen alle dazu auf, am 19. 2. in Brokdorf am Bauplatz das AKW zu verhindern.

Offen gesagt . . .

Und die Schande der D'K'P

Warst Du in Brokdorf dabei, Kollege? Hast Du ihn gesehen, den NATO-Stacheldraht, das Polizeiaufgebot, mit dem die KKW-Herren ihr profitbringendes Projekt, das Leben und die Gesundheit Tausender gefährden wird, schützen? Hast Du ihn gesehen, den jungen Demonstranten, den einer dieser Polizisten mit einem gezielt geschleuderten Stein zu Boden streckte? Hast Du sie gesehen, die BGS-Hubschrauber, die mit ihrer giftigen Tränengasladung immer wieder über der zurückbleibenden, ungeschützten Menge kreisten? Hast Du sie gesehen, die Verletzten, die, schon am Boden liegend, von sadistischen Polizisten geschlagen und getreten wurden?

Und hast Du ihn gespürt, den Zorn, den Haß, der nicht nur die Demonstranten in den vordersten Reihen, der die große Menge erfaßte, angesichts dieses Tränengas- und Knüppelkrieges, den das Kapital seine Polizei und seinen Bundesgrenzschutz gegen über 30 000 Menschen führen ließ? Und hast Du gesehen, wie sich der Zorn derjenigen, die ungerüstet, mit bloßen Händen den bewaffneten Hundertschaften gegenüberstanden, Genugtuung schaffte, indem die Menge diejenigen, die besser als sie ausgerüstet waren, mit ihren Körpern vor den Augen der Polizei schützte, indem sie – mit ihren bloßen Händen – die verhaßten Polizeifahrzeuge umstürzte und dabei in den Augen des Gegners nackte, unverhüllte Angst erblickte? Es war die Mehrheit dieser 30 000, die am Abend dieses Tages rief: Brokdorf, wir kommen wieder! Mit ihnen war die KPD/ML – und sie ist es auch heute. Wie verkommen muß man sein, um nicht diese Polizei und ihre kapitalistischen Auftraggeber zu hassen, den Kampf nicht gegen sie zu organisieren, sondern gegen die sie bekämpfenden Demonstranten? Nicht den Terror der Polizei anzuprangern, sondern gegen einen angeblichen „roten Terror" der Demonstranten, von „Provokationen" der Kämpfenden zu hetzen?

Das aber tun nicht etwa nur Springers Lügenblätter, sondern auch die „UZ" der D„K"P. Sie, ausgerechnet sie, die bei der Novemberdemonstration in Brokdorf keinen Finger gegen die wütende Polizei krümmten, stattdessen aber gegen Werktätige vorgingen, die sich gegen den Terror der Polizei zur Wehr setzten, scheuen sich nicht, aus dem von der Bourgeoisie verbreiteten faschistischen Flugblatt zu zitieren, das der KPD/ML unterschoben werden soll, um ihren Kampf als gegen das Volk gerichtete Gewalt zu verleumden und so zu der Pogromstimmung, die die Bourgeoisie für den 19. 2. haben will, beizutragen. Sie, die genau wissen, daß die Bourgeoisie nichts mehr fürchtet als die Fortpflanzung des Hasses und der kämpferischen Einheit Tausender, wie sie sie im November in Brokdorf spürte, haben nichts Besseres zu tun, als zu einer Gegendemonstration in Itzehoe aufzurufen und gleichzeitig den Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz gegen die Demonstranten in Brokdorf zu rechtfertigen, indem sie hetzen, es seien die „Maoisten", die den „Vorwand" dafür liefern würden. Können die modernen Revisionisten noch deutlicher zeigen, daß sie gekaufte Agenten des Kapitals sind, Sozialfaschisten, deren einzige Aufgabe es ist, das Kapital und seine Gewaltorgane in ihrem Terror gegen den revolutionären Klassenkampf der Massen und die marxistisch-leninistische Partei zu unterstützen, diesen revolutionären Kampf zu sabotieren und in die Irre zu leiten?

Kurz berichtet

DARMSTADT

Gemeinsam veranstalteten das Nahost-Komitee Darmstadt, der Iranische Studentenverein, türkische Antiimperialisten, der KBW und die KPD/ML eine Solidaritätsveranstaltung für die palästinensische Revolution. Ein Sprecher der PLO betonte, daß man im Kampf gegen die israelischen Zionisten am bewaffneten Kampf festhalten und sich für kommende militärische Kämpfe rüsten müsse. Der Agit-Prop-Trupp der Partei sang Arbeiterlieder, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. In der Diskussion wies ein Genosse auf die tödliche Gefahr hin, die dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen Zionismus, US-Imperialismus und die arabische Reaktion durch die Komplotte der Sozialimperialisten und ihrer Lakaien droht.

HEIDELBERG

In Heidelberg fand anläßlich des 12. Jahrestags der Aufnahme des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes ebenfalls eine Solidaritätsveranstaltung statt, zu der auch der KSB/ML aufrief. Zur Veranstaltung kamen rund 500 Besucher.

BREMEN

In Bremen erschien jetzt die erste Nummer der Zeitung des KSB/ML, Sektion der ROTEN GARDE, für die Bremer Studenten.



„Revolutionäres Bündnis" geht in seinem Leitartikel allgemein auf die Politik des KSB/ML ein. Weitere Artikel beschäftigen sich mit den VDS-Aktionstagen, dem Kampf gegen das Berufsverbot des kommunistischen Lehrers Jürgen Janz und dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens.

BOCHUM

Am 12. 2. führte die Ortsgruppe der Partei eine Veranstaltung unter dem Thema: „Der Kampf gegen Atomkraftwerke ist gerecht!" durch. Ca. 80 Freunde und Genossen waren gekommen, davon über 20, die zum ersten oder zweiten Mal eine Veranstaltung der Partei besuchten. Begeistert hörten sie die Rede eines Vertreters der Partei. Auch die Lieder des AP-Trupps, besonders das Spottlied auf Stoltenberg und Co., fanden großen Anklang. Es waren mehrere Soldaten auf der Veranstaltung, die viel über den Kampf ihrer Kameraden gegen den Bau von Atomkraftwerken berichteten, denn die einfachen Soldaten wollen sich nicht atomar verseuchen lassen und sind vielfach nicht bereit, gegen Demonstranten gewaltsam vorzugehen, die Bauplätze besetzt haben.

Zum Schluß trug der AP-Trupp eine Szene aus einem Stück zum Kampf in Brokdorf vor, die sich vor allem mit den verschiedenen Gruppierungen beschäftigte, die sich in den Kampf eingeschlichen hatten, um diesen von innen heraus zu spalten und auf legale Bahnen zu lenken. Eine Spendensammlung zur Unterstützung der Angeklagten und Verletzten in Brokdorf ergab 226,47 DM.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeitslosigkeit

Wieder weit über 1 Million Arbeitslose

Im Januar ist die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen wieder stark angestiegen: um 159 000 auf fast 1,25 Millionen. Die vom Staat angegebene Arbeitslosenquote erhöhte sich damit von 4,8 auf 5,5 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der Kurzarbeiter massiv und zwar von Mitte Dezember bis Mitte Januar um 55 100 auf insgesamt 268 000 (also um 25,8 Prozent!). Mit anderen Worten: Nach dem sogenannten „konjunkturellen Aufschwung" des vergangenen Jahres ist jetzt das Heer der Arbeitslosen wieder fast genauso groß wie im Januar 1976. Damals registrierten die Behörden mit 1,3 Millionen die in der Deutschen Bundesrepublik seit Jahrzehnten höchste Arbeitslosenzahl. Und nach den Angaben Stingls, des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, ist der Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Winter noch gar nicht erreicht.

Was ist also aus den Versprechungen und Voraussagen der Regierung über einen angeblichen Abbau der Arbeitslosigkeit geworden? Sie haben sich als Beruhigungsparolen entpuppt, mit denen das werktätige Volk über die wirkliche Situation hinweggetäuscht werden sollte. Jetzt, wo die Beschönigungspropaganda an der Realität zerplatzt ist, versuchen die bürgerlichen Zeitungsmacher und Fernsehkommentatoren das Märchen an den Mann zu bringen, der „lange und harte Winter" sei an allem schuld. Aber die Tatsachen beweisen, daß das Unfug ist. Sicher verschärft der Winter noch zusätzlich die gegebene schlechte Beschäftigungslage. Aber die eigentlichen Ursachen der Misere werden durch den Hinweis auf Witterung und Jahreszeit nur verschleiert. Das zeigt schon die Tatsache, daß ausgerechnet im Bereich der Metallerzeugung der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar am stärksten war. Die Metallerzeugung jedoch ist ein Industriezweig, der mit am allerwenigsten von Witterungsverhältnissen und saisonalen Schwankungen beeinflußt wird. Auf der anderen Seite melden die Wirtschaftsspalten der bürgerlichen Presse in diesen Tagen, daß im Straßenbau von Nordrhein-Westfalen im kommenden Frühjahr damit zu rechnen sei, daß mindestens 10 000 Arbeiter entlassen werden. Das zeigt deutlich, daß sogar in ausgesprochen witterungsempfindlichen Branchen (unter die der Straßenbau zweifellos zu rechnen ist) keineswegs die Wetterverhältnisse die ausschlaggebende Rolle spielen.

Es ist nichts als Augenwischerei, wenn Wirtschaftsminister Friderichs vor einigen Wochen in seinem Wirtschaftsbericht einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit für das Frühjahr und den Sommer vorhersagte. Die Meldungen in den letzten Wochen über geplante massive Rationalisierungskampagnen großer Konzerne, wie z. B. AEG, Siemens, BASF usw., anhaltende Kurzarbeit und der weitere Belegschaftsabbau in der Stahlindustrie, die Ankündigung der Bundesbahn, daß bis zum nächsten Jahr weitere 30 000 Arplätze wegrationalisiert werden sollen – all das spricht eine ganz andere Sprache. In Wahrheit ist es den Bonner Herren durchaus klar, wie die Perspektiven wirklich aussehen. So äußerte Stingl beispielsweise vor einiger Zeit in einer exklusiven Runde von Bankiers, bis 1980 sei mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf mindestens zwei Millionen zu rechnen, falls nicht eine grundlegende Wende in der wirtschaftlichen Entwicklung eintrete. Herr Friderichs hat sich das wohl so ausgerechnet: Wenn im Sommer seine Voraussage wieder einmal durch die Tatsachen widerlegt wird, dann kann man ja wieder einmal „beweisen": Schuld sind die Arbeiter, weil sie sich in ihren Lohnforderungen nicht mäßigen wollten.

Aber immer weniger Werktätige sind noch bereit, den Worten der Bonner Volksbetrüger Glauben zu schenken. Das trifft auch auf den angeblichen Kampf zu, den die Regierung vorgibt, gegen die Arbeitslosigkeit zu führen. Jetzt macht Bonn ja wieder viel Propagandawind über das neue Konjunkturprogramm, das derzeit in Planung ist. Sie nennen es diesmal „Programm zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur". Von 10 Milliarden Mark ist die Rede, die teils vom Bund, teils von den Ländern aufgebracht werden sollen. Aber wenn die Bundesregierung tatsächlich etwas gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen tun will, wie kann sie dann selbst hergehen und innerhalb von drei bis vier Jahren allein bei der Bundesbahn 60 000 Arbeitsplätze vernichten? Von Ende 1974 bis heute wurden über 30 000 Arbeitsplätze bei der Bundesbahn „eingespart" und der Abbau weiterer 30 000 bis zum nächsten Jahr wurde bereits angekündigt! Und wenn die Herren in Bonn wirkliche „Strukturverbesserungen" im Interesse der arbeitenden Bevölkerung im Auge hätten, müßten sie dann nicht z. B. etwa die arbeitslosen Lehrer einstellen, was nicht nur die Arbeitslosigkeit mildern, sondern auch die unhaltbaren Unterrichtsbedingungen in den Schulen verbessern würde? Und warum z. B. tut Bonn nichts gegen die unerhörten Mißstände im Gesundheitswesen, durch die täglich Menschen sterben, die geheilt werden könnten? Warum sorgt man nicht dafür, daß genügend Krankenhäuser, genügend Pflegepersonal und Ärzte zur Verfügung stehen? Warum läßt man vielmehr sogar im Gegenteil immer noch weitere Krankenhäuser dichtmachen? Warum läßt man in den übriggebliebenen Krankenhäusern im Zuge sogenannter „Sparmaßnahmen" das Pflegepersonal verringern? Warum schränkt man durch Zulassungsbeschränkungen beim Medizinstudium die Zahl der Ärzte ein?

Die Antwort auf diese Fragen ist nicht schwer. Die Milliarden, die Bonn unter dem Etikett: „Konjunkturspritzen" oder „Arbeitsbeschaffung" locker macht, dienen nicht den Interessen der Werktätigen. Sie dienen auch nicht der Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie dienen einzig und allein dazu, daß sich die Kapitalisten, vor allem die Monopolkapitalisten, die Taschen füllen können. Zu glauben, daß dieser Ausbeuterstaat jemals freiwillig seine rücksichtslosen Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Rücken des arbeitenden Volkes einstellt oder daß er von sich aus finanzielle Mittel für echte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für die Bekämpfung von sozialem Elend und Mißständen einsetzt, ist eine Illusion. Einzig und allein durch militante, machtvolle Kampfaktionen der werktätigen Massen, durch den revolutionären Klassenkampf, kann der Bonner Staat und das Monopolkapital zu Zugeständnissen in dieser Richtung gezwungen werden. Und Schluß machen mit der Massenarbeitslosigkeit, diesem Grundübel des Kapitalismus, kann man nur durch den gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Herrschaft, durch die sozialistische Revolution.

Provokatives 5,2%-Angebot

Fortsetzung von Seite 1

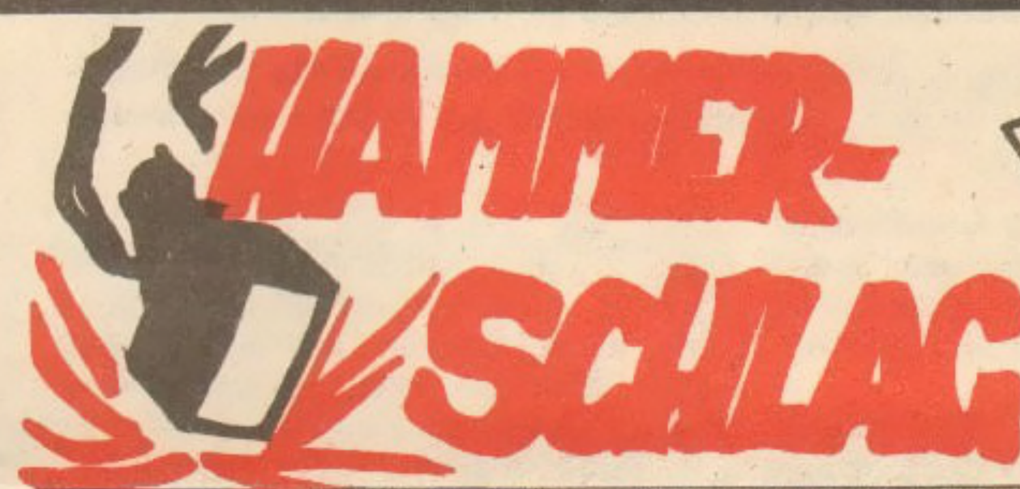
sich so gerne als „harter Gegner der Arbeitgeberseite" bezeichnen läßt, strengt sich an, um vor den werktätigen Massen den Klassencharakter des Staates zu verschleiern. Machen wir uns nichts vor: Kluncker und der ganze Bonzenapparat der ÖTV-Gewerkschaft vertritt nicht etwa die Interessen der großen Mehrheit der ÖTV-Mitglieder, der Arbeiter und kleinen Angestellten. Nein, diese Herren kämpfen auf der Gegenseite, auf der Seite der Ausbeuter und des kapitalistischen Bonner Staates.

Natürlich versucht Kluncker das zu vertuschen. Aus diesem Grund macht er von Zeit zu Zeit spektakuläre, „radikal" klingende Äußerungen oder Vorschläge, die dann von den bürgerlichen Massenmedien entsprechend ausgeschlachtet werden. So war es auch mit der spektakulären Aufkündigung der Tarifgemeinschaft mit der DAG im vergangenen Jahr. Natürlich ist die Tarifgemeinschaft unter Führung der DAG eine Vereinigung von offen reaktionären Standesgewerkschaften und -verbänden. Aber ist Kluncker und der ÖTV-Apparat etwa nicht reaktionär, sind sie etwa besser, weil sie sich ein wenig „radikaler" geben? Nein! Die einen wie die anderen sehen ihre Aufgabe darin, die Interessen dieses Ausbeuterstaates und des Kapitals zu unterstützen und den Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten für ihre Interessen abzuwiegeln und zu unterdrücken. Und der Unterschied in den Forderungen, die die ÖTV-Bonzen und die DGB-Bonzen aufgestellt haben, ist ja nun wirklich minimal. Beide fordern sie 8 Prozent, also noch deutlich weniger als z. B. die IGM-Bonzen gefordert hatten.

Die reaktionäre und schmutzige Rolle Klunckers und des ÖTV-Gewerkschaftsapparates zeigt sich sofort, wenn man schaut, welche Forderungen von der Mitgliederbasis und in den Betrieben aufgestellt wurden und wie diese Forderungen vom ÖTV-Apparat einfach niedergebügelt wurden. Fast überall, wo gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen der ÖTV in Bereichen oder Betrieben stattfanden, haben die Kollegen Linearforderungen bzw. Festgeldforderungen aufgestellt, die sich ca. zwischen 170DM und 250 DM bewegen. Solche Forderungen mußte Kluncker natürlich unterdrücken, denn schließlich ist doch hinter den Kulissen längst abgekartet, daß den Arbeitern und kleinen Angestellten ein Lohnraubabschluß aufgezwungen werden soll, der nach Möglichkeit sogar noch niedriger als der Abschluß in der Metallindustrie liegt.

Deshalb müssen die Kollegen im öffentlichen Dienst sich gegen den Staat und den Gewerkschaftsapparat zusammenschließen und versuchen, ihren Kampf unabhängig und in geschlossener Front gegen den Gewerkschaftsapparat selbständig zu führen. Anders ist es unmöglich, sich gegen den geplanten Lohnraub zu wehren und die eigenen Interessen zu verteidigen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR FKH (BV)

Entlassungen bei den Angestellten
Der Betrug mit dem 'Sozialplan'

Seit September läuft der Sozialplan für die Verwaltungsangestellten: Krupp will diejenigen, die 58 Jahre und älter sind, möglichst reibungslos loswerden. Krupp spricht nur von den Vorteilen: Die Angestellten, die aufhören, bekommen Werksrente, wie wenn sie bis 65 gearbeitet hätten, und werden praktisch vier bis sechs Jahre früher in Pension geschickt. Das erste Jahr gelten sie als arbeitslos, und die Firma zahlt ihnen die Differenz vom Arbeitslosengeld zur Rente.

Betrug an den älteren Kollegen!

Klingt ja ganz gut, wird mancher sagen: Wenn ich bis 58 Jahre gearbeitet hätte, wäre ich froh, wenn ich meine Rente kriegte und den Laden nicht mehr zu sehen brauchte. Aber die Nachteile werden weniger laut ausposaunt: Denen, die gehen, fehlen nämlich immerhin vier bis sechs Jahre an der Rente, und das spürt man schon.

Außerdem ist es ja nicht so, daß die Kollegen freiwillig gehen konnten, sondern sie wurden vor die Tür gesetzt, ohne daß sie gefragt worden wären, ob sie wollen oder nicht! Betriebsrat Baldus behauptete zwar, es sei alles freiwillig, aber das sah dann so aus, daß man gegen die Kündigung beim Vorstand hätte Einspruch einlegen können, unter schriftlicher Angabe von Gründen, und dann hätte man sich mit dem Vorstand auseinandersetzen dürfen.

Auch wenn mancher sich vielleicht vorstellt, er würde ganz gern mit 58 gehen, ist es doch eine Sauerei, die Kollegen ganz einfach zu zwingen, daß sie aufhören. Denn der Übergang ins Rentnerleben bringt ja schließlich für die meisten auch Probleme. Viele fühlen sich ein paar Monate, nachdem sie aufgehört haben, unausgefüllt, sie merken, wie der Kapitalismus sie als verbraucht und nutzlos zur Seite schiebt.

Viele der betroffenen Angestellten waren denn auch sehr empört über die Art und Weise, wie sie da vor die Tür gesetzt werden sollen: Per Post kamen die Kündigungen ins Haus; wenn einer dann Genaueres von seinen Vorgesetzten wissen wollte, taten die so, als wüßten sie von nichts und schickten die Leute von einem zum anderen. Dabei wußten sie natürlich schon vorher von dem Sozialplan. Die Angestellten spürten: Erst bist du ein Leben lang gut genug, unbezahlte Überstunden zu leisten und „alles für das Wohl der Firma" zu tun, dann wirst du einfach abgeschoben.

Krupp war dabei unverschämt genug, den betroffenen Angestellten sogar noch im Gehen ein Bein zu stellen. Die Kündigungen kamen nämlich im September, und Krupp wollte, daß die Leute „freiwillig" zum 31. 12. 76 gehen. Die meisten Betroffenen haben aber 6 Monate Kündigungsfrist, also von September bis März. Als einige da genauer nachbohrten, stellte sich raus, daß dem, der darauf besteht, bis März zu bleiben, noch der ganze Jahresurlaub zusteht – und den hätte sich Krupp natürlich gern gespart!

Krupp profitiert, die Werktätigen müssen zahlen!

In vieler Hinsicht ist der Sozialplan für Krupp das größte Geschäft: Sie sparen für vier bis sechs Jahre das Gehalt der „gegangenen" Angestellten. Sie rechnen sich aus, daß sie diese älteren Angestellten meist nicht hätten entlassen können, weil sie schon lange bei der Firma und deshalb unkündbar sind, und sie rechnen damit, daß gerade die Älteren auch öfter krank werden und sie sich die Lohnfortzahlung sparen.

Wer zahlt aber dafür?

Den Lebensunterhalt für diese vier bis sechs Jahre, den bezahlen wir, die Werktätigen, über die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung! Wirklich eine Unverschämtheit, wie Krupp ganz offen die Arbeitslosen- und Rentenkasse ausplündert! Kein Wunder, wenn es um Krupp geht, dann sind die Kassen immer flüssig, wir dagegen müssen demnächst wieder bezahlen mit Erhöhung der Rezeptgebühr, Rentenerhöhung nur nach Nettolöhnen usw.

Mehrarbeit für die Angestellten

Die Planstellen der Angestellten, die mit dem Sozialplan gehen, werden einfach gestrichen, an Neueinstellungen ist natürlich nicht zu denken.

Die Arbeit muß von den anderen Angestellten mitgemacht werden – wenn es nach Krupps Willen geht. Dabei wird gar nicht danach gefragt, ob vielleicht bisher drei die Arbeit von jetzt zweien gemacht haben. Das geht oft so weit, daß Kollegen unbezahlte Überstunden machen, weil es einerseits heißt „Die Arbeit muß geschafft werden", andererseits heißt es „Überstunden sind nicht genehmigt, können also auch nicht bezahlt werden". Oft wird das gar nicht bekannt, weil Krupp hier die Heimlichtuerei als Waffe zur Spaltung der Angestellten einsetzt.

Kollegen Angestellte! Es darf Krupp nicht so einfach gelingen, den Angestellten, die bleiben, die Arbeit derer, die gehen, noch zusätzlich aufzuhalsen! Wenn wir uns das nicht gefallen lassen wollen, sondern uns z. B. gegen unbezahlte Überstunden zur Wehr setzen wollen, dann können wir das immer am besten mit möglichst Vielen gemeinsam. Und dazu ist es nötig, daß wir uns die Heimlichtuerei voreinander, die Krupp uns aufzwingen will und die nur im Interesse von Krupp ist, nicht bieten lassen, sondern stattdessen bekannt machen, wo Kollegen Mehrarbeit aufgehalst werden soll, wo unbezahlte Überstunden gemacht werden sollen usw.!

Meldungen aus den Betrieben

DUISBURG

Aus Duisburg wird gemeldet, daß die Kapitalisten der Duisburger Kupferhütte Massenentlassungen planen, um die Last der Krise auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die Hütte befindet sich jeweils zu einem Drittel im Besitz der berüchtigten Chemiemonopole Bayer, BASF und Hoechst, den Nachfolgern des IG-Farben-Konzerns aus der Zeit des Hitlerfaschismus. Auf einer Versammlung der Vertrauensleute wurde von den Kapitalisten jetzt die geplante Entlassung von insgesamt 400 Kollegen angekündigt. Gleichzeitig gehen Gerüchte um, daß die Kapitalisten vorhaben, den Betrieb ganz dichtzumachen. Das würde für 2 800 Kollegen die Entlassung bedeuten. Auf der Duisburger Kupferhütte hatte es schon vorher verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen gegeben, um die Kollegen noch stärker auszubeuten. Alle diese Maßnahmen, wie auch die jetzt geplanten Entlassungen, waren von den Kapitalisten mit dem angeblichen „gemeinsamen Interessen" von Arbeitern und Kapitalisten, um aus der Krise herauszukommen, begründet worden. In diese Lügenpropaganda hatte auch der Betriebsrat eingestimmt. Sofort nach den ersten Gerüchten über drohende Massenentlassungen verteilte die Partei ein Flugblatt, in dem die Kollegen zum Kampf gegen die Kapitalisten und die verräterischen Betriebsratsbonzen aufgerufen werden.

Protestresolutionen gegen das Einreiseverbot für die Genossen der PAA

Kommunistischer Einheitsbund Marxisten-Leninisten Islands

In der Protestresolution, die der Kommunistische Einheitsbund (Marxisten-Leninisten) Islands an das Außenministerium der Deutschen Bundesrepublik richtete, heißt es:

Am 28. Januar dieses Jahres wurde der Antrag auf ein Einreisevisum in die Deutsche Bundesrepublik – gestellt von einer Delegation der Partei der Arbeit Albaniens – abgelehnt.

Diese Delegation wollte Deutschland besuchen, um an einer von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten organisierten Veranstaltung teilzunehmen – als Antwort auf eine entsprechende Einladung und auf der Grundlage der Freundschaft zur Arbeiterklasse und dem Volk Deutschlands.

Der Kommunistische Einheitsbund (Marxisten-Leninisten) protestiert aufs Schärfste gegen diesen äußerst falschen Akt der Feindschaft gegenüber der Volksrepublik Albanien. Die Volksrepublik Albanien ist der einzige sozialistische Staat in Europa und mußte durch das Hitlerregime während des zweiten Weltkrieges schwer leiden.

Es ist im Interesse der europäischen Völker und der anderen Völker, daß alle Staaten korrekte und freundschaftliche Haltungen gegenüber Besuchern einnehmen.

Für das Zentralkomitee des Kommunistischen Einheitsbundes (m-l) Islands
Ari T. Gudmundsson
Reykjavik, 2. Februar 1977

OG-Bochum der Liga gegen den Imperialismus

Mit Empörung haben wir vernommen, daß einer Delegation der PAA, die zur Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML wollte, die Einreise verweigert wurde. Das ist ein feindseliger Akt gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien und eine Provokation gegen das deutsche wie das albanische Volk. Während Faschisten wie Vorster, Franco, Nixon und Breschnew mit rotem Teppich begrüßt werden, Delegationen der SED zu den Parteitagen der D„K"P reisen dürfen, der Sozialfaschist Breschnew dieses Jahr nach Bonn eingeladen wird, dürfen die albanischen Kommunisten nicht nach Westdeutschland. Während die israelischen Zionisten Milliarden an „Wiedergutmachung" erhielten, werden Albanien berechtigte Forderungen in Milliardenhöhe an Kriegsreparationen verweigert. Diese Beispiele zeigen einmal mehr den Charakter des westdeutschen Imperialismus, seine durch und durch reaktionäre Politik.

Weg mit dem Einreiseverbot für die albanischen Genossen!

Nieder mit den westdeutschen Imperialisten!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Bochum, Februar 1977
Ortsgruppe Bochum der „Liga gegen den Imperialismus."

Studentinnen und Studenten aus Westberlin

Wir Studentinnen und Studenten des Seminars über „Familienerziehung in Albanien" an der Pädagogischen Hochschule in Westberlin protestieren auf das Schärfste gegen das Einreiseverbot für die albanische Delegation des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens. Dieser Akt der Bundesregierung ist ein Angriff auf das albanische Volk und den albanischen sozialistischen Staat und ein Angriff auf die revolutionäre und kommunistische Bewegung in der ganzen Welt.

Mit diesem Einreiseverbot setzt die Bundesregierung die Provokationen und die Mißachtung gegenüber dem albanischen Volk fort, das sich durch einen mutigen Befreiungskampf vom deutschen Faschismus befreit hat und seit Jahren den Sozialismus in Albanien aufbaut.

Wir fordern die sofortige Aufhebung des Einreiseverbots für die albanische Delegation!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk!

Westberlin, 1. 2. 1977
Das Seminar „Familienerziehung in Albanien".

Fachschaftsvollversammlung Germanistik

Die auf der Fachschaftsvollversammlung Germanistik am 1. 2. 77 anwesenden Studenten verurteilen mehrheitlich das Einreiseverbot für die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Leitung von Foto Çami, die zur öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML eingeladen worden war und verurteilen diesen provokatorischen Akt schärfstens. Die Vollversammlung fordert die sofortige Aufhebung dieses Einreiseverbots.

1976 - Mißernte wie noch nie !

Woher kommt die Krise in der Landwirtschaft der DDR?

Im letzten Jahr fielen die Erträge der revisionistisch-kapitalistischen Landwirtschaft der DDR auf den niedrigsten Stand seit Gründung der DDR. Nach Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR blieb die landwirtschaftliche Produktion „um 9,8% unter den Ergebnissen des Vorjahres". Die SED-Führung versucht diesen enormen Produktionsrückgang zu verharmlosen. Durch geschickte statistische Tricks dreht sie die Tatsachen so, als ob 1976 der Plan übererfüllt worden wäre. Doch die Wahrheit bleibt, daß das Jahr 1976 den verheerendsten Rückschlag in der landwirtschaftlichen Produktion brachte.

Bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten ergaben sich nach offiziellen Angaben der DDR folgende Produktionseinbußen:

– Bei Getreide wurden 32,2 dz je Hektar geerntet – das sind 4 dz weniger als der Durchschnitt des letzten Fünfjahresdurchschnitts von 36,2 dz je Hektar.

– Bei Kartoffeln wurden 114 dz pro Hektar produziert; das ist – ausgenommen die Ernte des Jahres 1949, als 112 dz geerntet wurden, der niedrigste Ertrag seit 1945.

– Die Ernteerträge bei Zuckerrüben gingen noch stärker zurück. Hier betrug der letzte Fünfjahresdurchschnitt 279 dz je Hektar. Im Jahr 1976 fielen die Erträge auf 187 dz zurück. Das Jahr 1949 ausgenommen,wurde damit auch im Rübenanbau das schlechteste Ergebnis seit 1945 erzielt.

– Bei Futterhackfrüchten fielen die Erträge von 506 dz je Hektar auf 376 dz zurück – es ist die schlechteste Ernte der letzten 20 Jahre.

– Bei Grün- und Silomais betrug der letzte Fünfjahresdurchschnitt 315 dz je Hektar, letztes Jahr waren es jedoch nur 187 dz, die geerntet wurden. Auch dies ist das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der DDR.

Hinzuzufügen ist diesen Daten nur noch, daß bereits die Ergebnisse des letzten Fünfjahresdurchschnitts (von 1971 bis 1975) unter denen des Fünfjahresdurchschnitts von 1966 bis 1970 gelegen haben!

Die seit Jahren schwelende Krise in der Landwirtschaft der DDR trat im letzten Jahr mit aller Deutlichkeit zutage. Und die Frage ist natürlich, worin der Grund für diese Krise zu suchen ist. Die DDR-Führung, die immer so laut die „Einführung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft" propagiert, gibt in ihrer Erklärung über die Ursache des Produktionsrückganges während des letzten Jahres einen schlagenden Beweis ihrer „Wissenschaftlichkeit": Sie spricht lediglich von „ertragsmindernden Auswirkungen des ungünstigen Witterungsverlaufes im Jahr 1976". Also nur das Wetter? In der DDR erzählt man sich schon seit einiger Zeit den folgenden Witz: „Wer sind die gefährlichsten Feinde unserer Landwirtschaft?" Antwort: „Frühling, Sommer, Herbst und Winter."

Natürlich nimmt kein deutscher Bauer der revisionistischen SED-Führung diese Lügen ab. Trockenheit hin, Trockenheit her, eine ähnliche Trockenheit herrschte in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren öfters – ohne daß die landwirtschaftliche Produktion so enorm gefallen wäre. Daß diese katastrophale Mißernte ihre Ursachen woanders haben muß, zeigt sich auch darin, daß zum Beispiel andere kapitalistische Länder trotz Trockenheit nicht solche starken Ertragsausfälle zu verzeichnen hatten. Daß die Ursache für diese gewaltigen Ertragsrückgänge nicht etwa am Wetter, sondern im Kapitalismus begründet liegt, der in der DDR auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft seit langer Zeit das Regiment führt, zeigt der Vergleich mit dem wahrhaft sozialistischen Albanien, das im Gegensatz zur DDR nicht nur dem Namen nach sozialistisch ist: Dort, in der Volksrepublik Albanien, konnten im letzten Jahr die landwirtschaftlichen Erträge so weit gesteigert werden, daß das Land vollkommen unabhängig von ausländischen Getreidelieferungen geworden ist und sich vollständig selbst versorgen kann.

Bei der DDR ist das Gegenteil der Fall: Die Getreidemengen, die eingeführt werden müssen, wachsen von Jahr zu Jahr, insbesondere die Getreideeinfuhren aus der UdSSR, die als „brüderliche Hilfe" angepriesen werden – deren Preise jedoch nur die SED-Führung kennt. Daß die russischen Sozialimperialisten jedoch die Lage ausnutzten, um die DDR noch mehr auszuplündern, geht zumindest aus den allgemeinen Formulierungen des bereits erwähnten Berichts des statistischen Amtes der DDR hervor, wenn es heißt: „Durch Veränderungen der RGW-Preise waren zusätzliche Aufwendungen für die DDR notwendig" („Neues Deutschland" vom 22. 1. 77).

Über die Höhe dieser „zusätzlichen Aufwendungen" schweigt sich die revisionistische SED-Führung als treuer Lakai der Moskauer Zaren natürlich aus. Aber nicht einmal diese Getreideeinfuhren aus der UdSSR reichten aus. Die Honecker-Clique mußte auch aus den USA Getreide importieren. Der Kauf erfolgt durch die Aufnahme westlicher Kredite, deren kräftige Zinsen die Arbeiter und Bauern der DDR zu zahlen haben.

Die schweren Rückschläge, die die Landwirtschaft der DDR treffen, die seit Jahren bereits schwelende schwere Krise auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion haben ihre Ursache eben nicht in diesen oder jenen Witterungsbedingungen, sondern im revisionistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem der DDR, haben ihre Ursache darin, daß unter der Revisionisten-Clique Ulbrichts und Honeckers sich erneut eine Klasse von Ausbeutern der Herrschaft im Staat bemächtigt hat. Die Folge ist offenbar: Die Wirtschaftspolitik der SED steht nicht mehr im Interesse der Arbeiter und Bauern, sondern sie dient wie die Wirtschaftspolitik in anderen kapitalistischen Ländern allein den Interessen der Bourgeoisie, die in der DDR aus der Honecker-Clique und ihren Oberherren, den neuen Zaren im Kreml, besteht. Auf dem Sektor der landwirtschaftlichen Produktion bedeutet das, daß nicht mehr die Versorgung der Werktätigen mit ausreichender Nahrung, die Entwicklung der Landwirtschaft im Dienst der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes im Mittelpunkt steht, sondern nur noch eines: das Gesetz des Profits. Das Gesetz des Profits aber verlangt in der DDR wie in allen kapitalistischen Ländern, daß vor allem dort Investitionen vorgenommen werden, wo die Profite am höchsten und am schnellsten zu erzielen sind – und das ist die Industrie.

Die Frage der Entwicklung der Landwirtschaft, die Frage der Versorgung der Werktätigen mit landwirtschaftlichen Produkten ist unlösbar verbunden mit der Frage: Welche Klasse besitzt die Macht im Staat – herrscht die Diktatur des Proletariats oder herrscht die Diktatur einer kleinen Ausbeuterklasse über die große Mehrheit der Werktätigen. Die Restauration des Kapitalismus in der DDR zeigt dies in aller Deutlichkeit: In dem Maße, wie der Kapitalismus in allen Bereichen der Gesellschaft wiederhergestellt wurde, wurde die Landwirtschaft vernachlässigt, wurden die Investitionen auf dem landwirtschaftlichen Sektor relativ verringert, wurde in der Landwirtschaft nur dort investiert, wo ein entsprechender Profit winkte.

In den fünfziger Jahren waren vom damals noch sozialistischen Staat überall in den Bezirken der DDR Maschinen- und Traktorenstationen, MTS genannt, errichtet worden. Durch den planmäßigen Einsatz der Traktoren, Mähdrescher usw, der MTS für alle Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und auch für einzelne Bauern war die Landwirtschaft mit Gerät gut versorgt. Durch die gleichermaßen in der ganzen Landwirtschaft durch den Staat vorangetriebenen Mechanisierung, die Ausweitung und Vergrößerung der Maschinenparks der MTS, nahm die landwirtschaftliche Produktion einen starken Aufschwung. Noch im April 1955 hieß es in einem Beschluß des ZK der SED: „Die MTS als das wirtschaftliche, politische und kulturelle Zentrum" sollen im ganzen Land ausgebaut werden.

1959/60, als der überwiegende Teil der LPGs gerade erst errichtet wurde, verkündete dagegen Revisionist Ulbricht: „Jetzt sind wir soweit, daß in den vollgenossenschaftlichen Dörfern die landwirtschaftliche Technik allmählich den LPGs übergeben werden kann." (8. Tagung des ZK der SED) Tatsächlich waren die gerade erst geschaffenen LPGs keineswegs soweit, sofort die teuren landwirtschaftlichen Geräte wie Mähdrescher, Traktoren usw. selbst kaufen zu können. Die Folge dieser Politik war: Einige reiche LPGs konnten diese Maschinen sich anschaffen, andere nicht. Somit vollzog sich zwischen reicheren und ärmeren LPGs eine zunehmende Polarisierung, die sich mit der Einführung des Kapitalismus in der DDR, mit der Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie außerordentlich verschärfte. Heute ist das Gewinnstreben das höchste Ziel der revisionistischen Führung jedes Betriebes und auch die Höhe der Investitionen und staatlichen Zuschüsse richtet sich nach dem erzielten Gewinn. Das gilt nicht anders für die LPGs. Dort, wo die neue Bourgeoisie Profite wittert, z. B. bei einigen sogenannten „Muster-LPGs", dort werden staatliche Investitionen eingesetzt, während der überwiegende Teil der LPGs ungenügend oder nur sehr schlecht wirtschaften kann. – Es ist im Wesen die gleiche Investitionspolitik auf landwirtschaftlichem Gebiet wie in Westdeutschland: Auch hier erhalten die großen Landwirtschaftsbetriebe, die sich in Händen von Agrarkapitalisten befinden, Subventionen und Unterstützungen, während die kleineren Betriebe immer mehr verelenden und letztlich vor dem Ruin stehen.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist in der DDR die Anschaffung des sowjetischen Großschleppers vom Typ K 700, der als besonders rationell gilt. Er kostet in der Anschaffung allein schon 163500 Mark und verursacht Unterhaltskosten von 21400 Mark jährlich. Aufgrund dieser hohen Anschaffungs- und Unterhaltskosten können nur wenige LPGs sich diese Maschine leisten.

Doch die Restauration des Kapitalismus kommt nicht nur in den zunehmenden Unterschieden zwischen den verschiedenen LPGs zum Ausdruck, sondern auch innerhalb der einzelnen LPGs. Da sind die LPG-Chefs, die revisionistischen Parteibonzen, die sich ihre Vorrechte innerhalb der Bewirtschaftung der LPG sichern. Sie richten darüberhinaus die Produktion der LPG nicht nach den Bedürfnissen des werktätigen Volkes aus, sondern nach Gesichtspunkten, wie sie den Profit ihres landwirtschaftlichen Unternehmens erhöhen können, so daß sie selbst über das Prämiensystem schließlich am meisten einstecken können.

Das Gerede der revisionistischen SED-Führer aber über die „planmäßige Mechanisierung der Landwirtschaft", über die „systematische Einführung technisch-wissenschaftlicher Arbeitsmethoden" ist nichts als Lüge und Schönfärberei. Lüge insofern, als daß nicht etwa sozialistische Planmäßigkeit, in deren Mittelpunkt die Interessen der Werktätigen stehen, die Landwirtschaft der DDR regiert, sondern die dem Kapitalismus eigene Anarchie, das Gesetz des kapitalistischen Profits. Schönfärberei aber insofern, als daß den Werktätigen in der DDR mit solchen Begriffen, die dem Marxismus-Leninismus entlehnt sind, vorgemacht werden soll, es herrsche der Sozialismus und ihnen zugleich Hoffnungen auf eine Besserung ihrer Lage gemacht werden soll.

Nicht das Wetter, sondern der Kapitalismus in der DDR ist die tatsächliche Ursache für die enormen Produktionsrückgänge in der ostdeutschen Landwirtschaft. Die Trockenheit des letzten Jahres spielte dabei keine größere Rolle, als daß sie die seit langem schwelende kapitalistische Krise in der ostdeutschen Landwirtschaft besonders kraß deutlich gemacht hat, daß sie in der DDR deutlich gemacht hat, was für jede kapitalistische Gesellschaft gilt: nämlich, daß sie nicht in der Lage ist, planmäßig der Natur mit ihren Windungen und Wendungen Herr zu werden und den Werktätigen ein gesichertes Leben, einen gesicherten Wohlstand zu garantieren.

Weitere Grussadressen zum III. Parteitag der KPD/ML

Grußadresse der Kommunistischen Partei Polens

An den III. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

An Genossen Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML

Teure und geehrte Genossen Delegierte!

Aus Anlaß des III. Parteitags der KPD/ML übersendet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens im Namen der Partei und der polnischen Arbeiterklasse den Delegierten des III. Parteitags, allen deutschen Marxisten-Leninisten und der ganzen deutschen Arbeiterklasse heiße und herzliche Grüße!

Die KPD/ML begeht im achten Jahr ihrer revolutionären Tätigkeit ihren III. Parteitag mit großen Erfolgen. Unter schwierigen Bedingungen verstand sie es, in ihren Reihen die besten Kader des revolutionären deutschen Proletariats zu vereinen und mit ihrem Netz an Parteiorganisationen das gespaltene Deutschland zu überziehen: die Deutsche Bundesrepublik, die Deutsche Demokratische Republik und Westberlin. Das ist ein entscheidender Schritt im Kampf um den endgültigen Sieg.

Das Programm der KPD/ML zur Wiedervereinigung Deutschlands als unabhängiger, sozialistischer Staat auf dem Wege des revolutionären Kampfes und der sozialistischen Revolution, auf dem Wege der nationalen und gesellschaftlichen Befreiung von der amerikanisch-russischen Besetzung und von der Herrschaft, der Ausbeutung und Unterdrückung des monopolistischen Großkapitals, der reaktionären Großbourgeoisie und ihren alten und modernen revisionistischen Agenten, liegt im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes sowie des Friedens und des Sozialismus in ganz Europa und auf der ganzen Welt. Es ist ein korrektes Programm, denn diese geschichtliche Aufgabe kann nur die deutsche Arbeiterklasse durch die Revolution unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut erfüllen.

Eine revolutionäre Organisation, ein revolutionäres Programm des Handelns, revolutionärer Kampf und die ständige Vertiefung der proletarischen Verbundenheit der marxistisch-leninistischen Vorhut mit der Arbeiterklasse und den breitesten arbeitenden und ausgebeuteten Massen, das eben ist die korrekte revolutionäre Generallinie der KPD/ML, die zur endgültigen politischen und ökonomischen Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und zu glänzenden Perspektiven für das ganze deutsche Volk führt.

Teure und geehrte Genossen Delegierte!

In diesem revolutionären Kampf stehen der deutschen Arbeiterklasse und den deutschen Marxisten-Leninisten die polnischen Marxisten-Leninisten und die polnische Arbeiterklasse zur Seite. Die Verbundenheit der deutschen und polnischen Arbeiterklasse kennt keine Grenzen. Als Marxisten-Leninisten vereinigen wir die Arbeiterklasse in jedem Land mit der Arbeiterklasse aller anderen Länder, ohne Rücksicht auf die trennenden Staatsgrenzen und die kapitalistischen Verhältnisse, denn die vereinigten Kräfte des internationalen Monopolkapitals können nur durch die vereinten Kräfte des internationalen Proletariats überwunden werden.

In diesem Kampf um internationalistische Einheit und Solidarität im europäischen und im Weltmaßstab hebt die Partei der Arbeit Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze die Fahne der Revolution und des Sozialismus hoch empor. Volkschina, als mächtiger sozialistischer Staat, ist die unbesiegbare Festung der Weltrevolution und des Sozialismus und setzt, unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Hua Kuo-feng an der Spitze, die sozialistische Revolution fort, festigt die Diktatur des Proletariats und vereint sich mit allen revolutionären und Volksbefreiungskräften. Auf diese Weise wächst und festigt sich die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Obwohl unser Weg des gemeinsamen revolutionären Kampfes mit Schwierigkeiten gepflastert ist, sind unsere Perspektiven hervorragend und der endgültige Sieg gehört dem revolutionären Marxismus und der Arbeiterklasse.

Das gemeinsame Kommunique der Beratungen von Vertretern beider Parteien, der KPD/ML und der KPP, vom März 1976 bildet die Grundlage zur ständigen Festigung unserer revolutionären Einheit und unseres Handelns gegen unsere gemeinsamen Feinde, die einheimische Reaktion, den alten und den modernen Revisionismus und die hegemonistische Politik beider Supermächte.

Das heldenhafte polnische Proletariat hat in den letzten Jahren eine große revolutionäre Initiative gezeigt und gewaltige Siege errungen, aber in Polen befindet sich die Macht noch immer in den Händen der Diktatur der Bourgeoisie, der sozialfaschistischen Gierek-Clique, und unser Land halten noch immer die Truppen des russisschen Sozialimperialismus besetzt. Wir brauchen die Spuren des Wolfes nicht zu suchen, denn der russische Bär macht sich in unserem Haus breit. Der Kampf dauert an und wird bis zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse andauern.

Teure und geehrte Genossen Delegierte!

Wir stützen uns auf die eigenen Kräfte, aber das revolutionäre Gefühl der Einheit und Solidarität mit dem internationalen Proletariat vervielfältigt unsere Kräfte. Eure Erfolge sind für uns ein Ansporn zum Kampf. Wir wollen, daß unsere bescheidenen Erfolge Euch zur Erringung noch größerer Siege in Eurer schwierigen revolutionären Tätigkeit dienen.

Das Zentralkomitee der KPP wünscht Euch im Namen der polnischen Kommunisten und der heldenhaften polnischen Arbeiterklasse fruchtbare Beratungen und neue Erfolge!

Es lebe die Einheit und Solidarität der KPD/ML mit der KPP und der deutschen und polnischen Arbeiterklasse!

Es lebe und festige sich die revolutionäre Einheit und Solidarität aller marxistisch-leninistischen Organisationen und Parteien auf der ganzen Welt!

Es lebe der Sozialismus, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Polens, gez. Kazimierz Mijal, Generalsekretär



Große öffentliche Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML

Grußadresse der Generalunion der afghanischen Studenten im Ausland

Liebe Freunde und Genossen!

Im Namen der Generalunion der afghanischen Studenten im Ausland übermitteln wir dem III. Parteitag der KPD/ML unsere herzlichen Glückwünsche und kämpferische Grüße und wünschen Euch Erfolg und Sieg im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und alle reaktionären Kräfte. Wir sind sicher, daß Euer Kongreß durch weitere Beschlüsse erfolgreiche Schritte im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und andere reaktionäre Kräfte unternimmt.

Liebe Genossen!

Die heutige politische Lage läuft zugunsten der Kämpfe der Völker der Welt und zum Schaden von Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion. Wir sind Zeuge der großartigen Errungenschaften der Völker. Der heldenhafte Kampf der Völker Vietnams, Kambodschas und Laos hat uns wieder einmal bewiesen, daß nur die Völker, aber auch nur die Völker die Triebkräfte der Geschichte und der Revolution sind. Das Feuer der bewaffneten Kämpfe der arabischen Völker und in vorderster Front der palästinensischen Revolutionäre, von Dhofar und Oman, Simbabwe, Azania, Namibia und aller anderen, die Ausbreitung der Kämpfe der europäischen Völker und vor allem der asiatischen Völker, die Entwicklung des gerechten Kampfes der Völker werden den Imperialismus und seine Kettenhunde vollständig hinwegfegen.

Unsere afghanischen und deutschen Völker stehen in dieser Situation nicht abseits. Unsere Völker haben im Laufe ihrer kämpferischen Geschichte gegen Kolonialismus, Imperialismus und innere Reaktion Ruhm errungen. Die Bewegungen unserer Völker halten die Fahne trotz aller Schwierigkeiten hoch. Auch unter den Bedingungen des Terrors der Militärdiktatur von Davud haben die afghanischen Völker nicht einen Augenblick mit dem Kampf ausgesetzt. Die Kämpfe des deutschen Volkes, sowohl in der DDR, als auch in der DBR gegen Honekker-Clique, westdeutschen Imperialismus und schließlich gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion wachsen, und wir sind sicher, daß sie bis zum Sieg fortgesetzt werden. Schließlich wird das deutsche Volk mit dem Sturz des westdeutschen Imperialismus und des Honecker-Regimes ein unabhängiges, vereintes und blühendes Deutschland schaffen.

Liebe Genossen!

Das Militär-Regime von Davud, dieser Kettenhund des sowjetischen Sozialimperialismus, hat durch wirtschaftliche, militärische und politische Abkommen mit der Sowjetunion, Westdeutschland, Tschechoslowakei und dem Schah-Regime und schließlich mit den USA allen Imperialisten die Ausplünderung unseres Landes ermöglicht. Das kann das Polizei-Regime in Afghanistan nur durch die brutale Unterdrückung unserer werktätigen Völker. Aber der jetzige Zustand unseres Landes ist nicht nur gekennzeichnet durch die Ausplünderung unserer Reichtümer durch die Imperialisten und die Unterdrückung durch die Militärdiktatur im Lande, sondern auch durch die permanente Ausbreitung der Kämpfe unserer Völker.

Wir sind sicher, daß unsere Völker durch einen langwierigen Volkskrieg die herrschenden reaktionären Klassen im Lande und ihre Militärdiktatur stürzen und die Imperialisten mit ihren schmutzigen Händen verjagen werden.

Liebe Genossen!

Die KPD/ML, seit deren Gründung noch nicht viel Zeit verstrichen ist, hat aber in ihrem Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen die verräterische D„K"P-Clique und alle anderen reaktionären Gruppierungen schon große Errungenschaften erworben und wird sicher noch weitere Erfolge erringen.

Genossen!

Ihr habt uns in unserem Kampf unterstützt. Wir werden Eure Unterstützung für unseren Kampf sowohl gegen den Zaher-Schah als auch gegen das jetzige Davud-Regime nicht vergessen. Die Generalunion afghanischer Studenten im Ausland möchte Euch noch einmal in Eurem Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und alle anderen reaktionären Strömungen viel Erfolg wünschen. Wir werden alles tun, um unsere Zusammenarbeit und Solidarität mit Euch in unserem demokratischen, antiimperialistischen Kampf weiter zu verstärken.

Nieder mit der Militärdiktatur in Afghanistan, Hauptfeind des afghanischen Volkes!

Nieder mit dem Sozialimperialismus, dem dominierenden Imperialismus in Afghanistan, und US-Imperialismus und anderen imperialistischen Mächten!

Es lebe die Solidarität der deutschen und afghanischen Völker!

Es lebe der Kampf der afghanischen Völker!

Hoch der III. Parteitag der KPD/ML!

Hoch die internationale Solidarität!

Grußadresse der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten

In der Grußadresse der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten heißt es:

„Genossen,

die Erfordernisse des Kampfes in Belgien erlauben es uns momentan nicht, eine Delegation nach Deutschland zu schikken. Wir möchten aber gerne den III. Parteitag der KPD/ML und die von ihm organisierte internationalistische Versammlung grüßen.

Der II. Parteitag der KPB/ML wurde erfolgreich am 22. und 23. Januar abgehalten. Er hat sich intensiv mit der Analyse der Weltlage und mit der Einheit der kommunistischen Weltbewegung befaßt und wir möchten in dieser Grußbotschaft auf seine wesentlichen Lehren zurückkommen.

Gleich zu Beginn ehrte der Parteitag das Andenken des Vorsitzenden Mao, des größten Marxisten-Leninisten unserer Epoche. Mao Tsetung ist nicht nur bedeutend, weil er während seines langen Lebens der Führer der chinesischen Revolution war, sondern auch wegen der unermeßlichen theoretischen Bereicherung der Wissenschaft der Revolution durch ihn. (. . .)

Der II. Parteitag der KPB/ML unterstrich, daß unser Land sich im Stadium des Monopolkapitalismus, des Imperialismus befindet. Der Hauptwiderspruch in Belgien ist derjenige zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Zielscheibe der Revolution in unserem Land ist die Monopolbourgeoisie. Indessen ist unser Land nicht isoliert in der Welt. Deshalb ist es wichtig, eine marxistisch-leninistische Analyse der Lage in Europa und in der Welt zu machen." In der Grußadresse wird im folgenden der Standpunkt der KPB/ML zur Lage in der Welt dargelegt. Weiter heißt es: „Die beiden Supermächte, der sowjetische Sozialimperialismus und der amerikanische Imperialismus, stellen die größten Ausbeuter und Unterdrücker der Völker dar. Sie sind die gleiche Sorte Räuber, die um die Hegemonie in der Welt ringen. Es gibt keine Entspannung, sondern im Gegenteil heftige Rivalität zwischen ihnen. . ." Zur Haltung, die man gegenüber den beiden Supermächten einnehmen muß, heißt es: „Taktisch müssen wir sie ernst nehmen, strategisch müssen wir sie verachten. Jeder Aggressor endet schlimm, denn er trägt in sich den Keim seiner Niederlage. Die beiden Supermächte sind mit zahlreichen Schwierigkeiten im Inneren und Äußeren konfrontiert und mit vielfachen Krisen. Die Hindernisse, die sie gegen den Strom der Revolution aufrichten, können sie nicht vor ihrem unvermeidlichen Untergang retten. Sie sind ein Koloß auf tönernen Füßen und deshalb sehr verletzlich und im Wesen schwach. Nicht sie bestimmen die Zukunft der Menschheit, sondern die Völker, die sich im Kampf zusammenschließen und sich immer mehr ihrer Kraft und ihrer strahlenden Zukunft bewußt werden.

Der II. Parteitag der KPB/ML zeigte sich besorgt um die Einheit der kommunistischen Weltbewegung und um die Verstärkung der Verbindung zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen verschiedener Länder.

Er hat die Partei der Arbeit Albaniens und ihren großen Führer Enver Hoxha begeistert geehrt. Die Geschichte und die Lehren der Partei der Arbeit in der Praxis der Revolution, des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit, des Kampfes gegen den Revisionismus und der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, beim Aufbau des Sozialismus sind bedeutend. Wir sind fest verbunden mit der Partei der Arbeit Albaniens, der Festung des Sozialismus in Europa, unbeugsam vor dem Feind, einer stählernen marxistisch-leninistischen Partei.

Unser II. Parteitag hat seine totale Solidarität mit der KP Chinas, dem Bollwerk der Weltrevolution, ausgedrückt. Ihre Geschichte kann nicht von der des Vorsitzenden Mao getrennt werden. Indem wir ihn ehren, haben wir auch die Verdienste dieser Partei angesprochen." Im folgenden wird in der Grußadresse ausführlich auf die Einschätzung der Entwicklung in der VR China im letzten Jahr aus der Sicht der KPB/ML eingegangen. Dann heißt es weiter: „Die KPB/ML unterstreicht die Bedeutung, die die Einheit zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens für die Sache der Weltrevolution hat. Die Feinde der Revolution haben immer gegen diese Einheit Komplotte geschmiedet und wollten sie zerbrechen. Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt verteidigen diese Einheit, die ein sehr wertvolles Gut für sie ist, gegen die Manöver des Klassenfeindes.

Der II. Parteitag unserer Partei hat erneut die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt gegrüßt. Ob sie noch klein oder schon mächtig sind, alle haben ihre Verdienste. Sich eng an die Prinzipien des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen haltend und sie unter den konkreten Bedingungen ihrer jeweiligen Länder anwendend, führen sie einen gerechten Kampf für die sozialistische Revolution und die nationale Unabhängigkeit. Groß oder klein, die marxistisch-leninistischen Parteien sind gleich. Es gibt keine Hierarchie unter ihnen und sie dulden keinerlei Einmischung, welcher Art sie auch immer sei. Unsere Partei, die am proletarischen Internationalismus festhält, wird alles tun, um die Verbindungen der Freundschaft und der internationalen Solidarität, die ideologische- und die Aktionseinheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen jedes Landes zu stärken.

Es lebe der Marxismus, der Leninismus, die Maotsetungideen!

Es lebe die kommunistische Weltbewegung!

Proletarier aller Länder, unterdrückte Nationen und Völker, vereinigt Euch!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten

Grußadresse der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande

In der Grußadresse des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande an die Teilnehmer des III. ordentlichen Parteitags der KPD/ML heißt es:

„Liebe Genossen,

das Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande sendet Euch brüderliche und kommunistische Grüße anläßlich Eures III. Parteitages. Es ist davon überzeugt, daß dieser Parteitag für den Kampf Eurer Partei gegen Revisionismus und Imperialismus innerhalb und außerhalb Deutschlands viel Erfolg bringen wird."

In der Grußadresse wird betont, daß der Kampf gegen die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegenwärtig eine wichtige Aufgabe für alle Marxisten-Leninisten ist. Nachdem die Genossen ihre Ansicht über die heutige Lage in der Welt dargelegt haben, heißt es weiter, daß unsere beiden Parteien den Kampf gegen die „eigenen" Feinde führen müssen, die eng mit den beiden Supermächten zusammenarbeiten. Anschließend heißt es: „Der Terror unserer Regierungen, wie man ihn bei den Berufsverboten oder der Unterstützung der antiarabischen Zionistenfreunde täglich erlebt, wird sich in Zukunft bestimmt über unsere Landesgrenzen hinaus ausdehnen. Deshalb wird die Zusammenarbeit unserer beiden Bruderparteien immer notwendiger sein.

Wir stützen uns auf den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetungideen und rufen alle Marxisten-Leninisten der Welt auf, sich eng zusammenzuschließen, damit wir unsere Feinde endgültig vernichten!

Es lebe die Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse Deutschlands und der Niederlande!

Es lebe die Freundschaft zwischen der KPD/ML und der MLPN!

Hoch lebe die internationale Solidarität und der proletarische Internationalismus!

Besten Erfolg für den III. Parteitag der KPD/ML!

Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande, C. Petersen, 1. Sekretär."

Kremlzaren reichen Juan Carlos die Hand

Gleich und gleich gesellt sich gern

In der vergangenen Woche haben die sowjetischen Sozialimperialisten das monarchofaschistische Regime in Spanien diplomatisch anerkannt und den gegenseitigen Austausch von Botschaftern beschlossen. Der ganze Vorgang hat sich natürlich nicht ohne demagogische Erklärungen vor allem von Seiten der neuen Zaren im Kreml und ihrer revisionistischen Freunde abgespielt: Die Farce der „Demokratisierung" des faschistischen Regimes Juan Carlos' hat einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

„Spanien demokratisiert sich ..." schreit der ganze Chor der Revisionisten, und: „Juan Carlos ist nicht Franco. Da ist es doch falsch, abseits zu stehen. Strecken wir die Hand zur Versöhnung aus ..."

Es liegt allerdings auf der Hand, daß Juan Carlos nicht Franco ist. Aber er ist die Kreatur Francos und er ist, ebenso wie es Franco war, eine Kreatur des amerikanischen Imperialismus, dessen treuer Diener und Lakai. Das Regime, das er repräsentiert, ist die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus und der faschistischen spanischen Oligarchie über die werktätigen Massen. Die Werktätigen des Baskenlandes, die Arbeiter von Madrid, Barcelona und Sevilla, die Bauern in Andalusien, die Studenten an den Hochschulen und Universitäten des Landes, sie alle haben von einer „Demokratisierung" bisher nichts gemerkt. Im Gegenteil. Schwer wie nie zuvor lastet die Krise der kapitalistischen Wirtschaft auf ihren Schultern. In Andalusien hungern die Bauern. In der kurzen Zeit des monarchofaschistischen Regimes ermordete die Guardia Civil über 40 Menschen. Die Gefängnisse füllen sich mit politischen Gefangenen. Und wenn sich die Werktätigen zum Kampf erheben, treten ihnen die Knüppelgarden der Armee und der faschistischen Polizei entgegen, fallen Schüsse.

Die angebliche Demokratisierung des Regimes in Madrid ist nichts weiter als eine betrügerische Farce, die die Imperialisten, Sozialimperialisten und Faschisten, die sozialdemokratischen und revisionistischen Verräter, die Opportunisten der verschiedensten Art inszeniert haben, um die machtvoll aufbrandenden Kämpfe der unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen zu lähmen, zu sabotieren und zu spalten.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem faschistischen Regime des Königs Juan Carlos, weil es sich angeblich „demokratisiert" oder aus irgendeinem anderen Grund, ist Verrat am Kampf der Völker Spaniens für den Sturz des faschistischen Regimes, für ihre wirkliche Befreiung durch die Revolution und die Errichtung der föderativen Volksrepublik.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen haben die sowjetischen Sozialimperialisten dem verbrecherischen Regime Juan Carlos vor aller Welt den Mantel der Legitimität umgehängt und ihm für seine Verbrechen Absolution erteilt. Etwas Schändlicheres kann es nicht geben.

Die sowjetischen Sozialimperialisten verfolgen damit natürlich ihre eigenen imperialistischen Interessen. Sie sind selbst Imperialisten und Faschisten, die nichts mehr fürchten und hassen als den revolutionären antifaschistischen Kampf der Völker Spaniens. Diese Furcht und dieser Haß eint sie mit den amerikanischen und anderen Imperialisten, mit den Faschisten und Reaktionären, die den spanischen Werktätigen im Nacken sitzen.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die Freiheiten, sich zu versammeln, Agitation und Propaganda zu treiben, öffentlich aufzutreten usw. für eine bestimmte Gruppe von Menschen vergrößert worden sind. Das sind die sozialdemokratischen und revisionistischen Verräter vom Schlage eines Felipe Gonzales und Santiago Carrillo. Angeblich ist die spanische revisionistische Partei illegal. Aber was ist das für eine Illegalität, wenn der Führer einer „verbotenen" Partei in aller Öffentlichkeit Pressekonferenzen abhalten kann und ungehindert im Lande umherreist. Eine solche „Illegalität", die es Santiago Carrillo sogar gestattet, seine revisionistischen Busenfreunde Berlinguer aus Italien und Marchais aus Frankreich zu einer Konferenz nach Madrid einzuladen, kommt höchstens im Märchen vor. Das faschistische Regime fördert und unterstützt die Aktivitäten der modernen Revisionisten, weil diese sein Leben verlängern, weil sie gegen die Revolution gerichtet sind. Das Regime hat deshalb auch jetzt ein weiteres Hindernis für die vollständige Legalisierung der revisionistischen Partei aus dem Weg geräumt und das Verfahren für die Zulassung bisher verbotener politischer Parteien bedeutend erleichtert. Das gilt natürlich nicht für die wirklichen Revolutionäre, die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Antifaschistische, Revolutionäre und Patriotische Front (FRAP). Ihre Mitglieder, wie jeder Spanier, der kämpft, um das Regime zu stürzen, werden weiter mit brutalem Terror verfolgt. Felipe Gonzales, Santiago Carrillo und Co. werden dagegen gehätschelt und aufgepäppelt.

Santiago Carrillo selbst sind die Aufmerksamkeiten, die ihm das faschistische Regime zuteil werden läßt, offenbar inzwischen zu Kopf gestiegen. Seine Liebedienerei vor dem Imperialismus und der faschistischen Oligarchie ist geradezu grenzenlos.

Die Völker Spaniens kämpfen für die Verjagung des amerikanischen Imperialismus von spanischem Boden. Er aber erklärt in einem Interview mit dem „Spiegel", daß er gegen die Stationierung der Yankee-Besatzer in Spanien nichts einzuwenden habe.

Die spanische Arbeiterklasse kämpft gegen die Ausplünderung durch die Bourgeoisie, für die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage. Santiago Carrillo aber sagt in einem Interview: „Wir glauben jedoch, daß eine Übereinkunft zwischen den Arbeiter- und kapitalistischen Kräften in unserem Land notwendig ist ...", und ruft damit die Arbeiterklasse zur Zusammenarbeit mit ihren Ausbeutern auf.

Die Völker Spaniens kämpfen für den Sturz der Monarchie, für die Republik. Santiago Carrillo aber erklärt ebenfalls in einem Interview, daß seine Partei die Monarchie respektieren werde, wenn sie sich nicht von selbst in Luft auflöst.

Die Revisionisten Santiago Carrillos sind eine feste Stütze des faschistischen Regimes und Feinde der Völker Spaniens.

Die spanischen Werktätigen werden ihnen aber, wie allen ihren Feinden, einen Strich durch die Rechnung machen. Weder die Gewehrkugeln und der faschistische Terror des Regimes noch die betrügerische Propaganda der Verräter konnten seine Kampfentschlossenheit brechen. Geführt von seiner revolutionären Vorhut, der KP Spaniens/ML, und zusammengeschlossen in der FRAP wird das spanische Volk seinen Kampf weiterführen bis zur Revolution, alle seine Feinde niederschlagen und die föderative Volksrepublik errichten.

Berufungsprozeß gegen Genossen Ernst Aust

Offene Worte der Duisburger Staatsanwaltschaft

Am 9. 2. fand vor dem Duisburger Landgericht der Berufungsprozeß gegen Genossen Ernst Aust statt, dessen Vorstellungsbrief zur Landtagswahl 1975 in Nordrhein-Westfalen die Duisburger Polizei „beleidigt" und die Bundesrepublik Deutschland „verächtlich gemacht" haben soll. In der ersten Instanz war Genosse Ernst Aust zu 2 400 DM Geldstrafe verurteilt worden. Auch wenn das Gericht in der Berufung mit der Strafe um 800 DM heruntergging – ein Erfolg der kämpferischen Solidarität vieler Freunde und Genossen sowie der unwiderlegbaren Ausführungen Genossen Ernsts vor Gericht – zeigte jedoch die gesamte Verhandlung mit seltener Offenheit, daß der Bourgeoisie ihre eigenen Gesetze einen Dreck wert sind, wenn sie nur die kommunistische Partei treffen kann.

Mehr als 60 Freunde, Kollegen und Genossen waren zu dem Prozeß gekommen, darunter mehrere arbeitslose Kollegen, Hausfrauen und andere werktätige Menschen und Sympathisanten der Partei, doppelt so viel, wie in den Gerichtssaal hineingingen. Die Duisburger Ortsgruppe der Partei überreichte Genossen Ernst zu Beginn der Verhandlung einen großen Strauß roter Nelken und ein Buch über den Kampf der revolutionären KPD in Duisburg gegen den Hitlerfaschismus.

In dem Wahlbrief des Genossen Ernst Aust wurden vor allem zwei Sätze angeklagt. In dem einen wurde der kapitalistische Staat als „Staat unserer Ausbeuter und Unterdrücker" beim Namen genannt. In dem anderen hieß es nach Erwähnung der Hunderttausende DM Geldstrafe gegen den „Roten Morgen", Flugblattverteiler und Presseverantwortliche der Partei, daß die Bourgeoisie, wenn sie glaube, Geldstrafen reichten nicht mehr aus, um die Kommunisten einzuschüchtern, halt „einen Genossen totschlage wie unseren Genossen Günter Routhier in Duisburg".

Als Staatsanwalt fungierte der für die „Ermittlungen" über den Tod des Genossen Routhier abgestellte berüchtigte Jäger. Die Ausführungen dieses Staatsanwaltes ließen an Offenheit und Zynismus nichts zu wünschen übrig. Als „Beweis" für die Unwahrheit dessen, was Genosse Ernst Aust in seinem Wahlbrief geschrieben hatte, erklärte dieser Mann tatsächlich: „Um die KPD/ML einzuschüchtern und zu treffen, hätte man doch ganz andere Leute erschlagen müssen als den Routhier, der ja kaum Mitglied war." (!) Mit anderen Worten: Um uns zu treffen, wird man eines Tages versuchen, Funktionäre und führende Mitglieder der Partei zu erschlagen?

An anderer Stelle, vom Verteidiger des Genossen Ernst Aust in die Enge getrieben, entschlüpfte ihm ein weiteres offenes Wort. Als der Nachweis erbracht wurde, daß – nach den bürgerlichen Gesetzen – Genosse Ernst Aust nur auf Grund eines ganz anderen Paragraphen (90a, 3) hätte verurteilt werden können, dieser Paragraph jedoch auf politische Parteien nicht anwendbar sei, auf Grund des sogenannten Parteienprivilegs, hieß es: „Eben, deswegen mußten wir ja einen anderen Paragraphen nehmen, sonst hätten wir doch keine Verurteilung erreicht."

Ein offenherziges Bekenntnis legte der Staatsanwalt auch bei der Vernehmung der Polizeizeugen ab. Diese konnten sich an das angeklagte Flugblatt überhaupt nicht mehr erinnern. („Wir erstatten so oft Anzeige gegen KPD/ML-Flugblätter, da haben wir keinen Überblick mehr.") Insbesondere der Polizeispitzel des 14. Politischen Kommissariats erinnerte sich nicht einmal mehr, warum er überhaupt gegen den Wahlbrief Anzeige erstattet hatte. Daraufhin sprang ihm Staatsanwalt Jäger hilfreich zur Seite: „Ich werde Ihnen sagen, warum. Es war doch ein Flugblatt der Kommunisten, darum haben Sie Anzeige erstattet, bei einer anderen Partei hätten Sie das doch nicht getan."

Genosse Ernst Aust begann seine Rede vor Gericht: „Sie werfen mir vor, ich hätte die Bundesrepublik verächtlich gemacht. In Wahrheit aber sind Sie es, die sie verächtlich machen, zum Beispiel mit solchen politischen Prozessen wie diesem. Sie sorgen dafür, daß die Bundesrepublik im Ausland verächtlich wird und immer mehr Stimmen sich des Hitlerfaschismus erinnern und vor der Gefahr eines neuen deutschen Faschismus warnen." Dann sprach Genosse Ernst über den Charakter der westdeutschen Polizei. Als Beispiel verlas er Berichte aus der bürgerlichen Presse lediglich der letzten Monate mit zahlreichen Berichten, wonach Polizisten völlig unschuldige Menschen geschlagen, mißhandelt, ihnen Geständnisse durch Prügel abgepreßt oder sie sogar von hinten erschossen haben. Dieser Charakter der Polizei ließe sich erklären. Genosse Ernst zitierte den jetzigen Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Posser, der vor einigen Jahren schrieb, daß die leitenden Stellen nahezu aller Polizeidirektionen Nordrhein-Westfalens mit ehemaligen SS-Größen besetzt waren, die die heutige westdeutsche Polizei ausgebildet haben. So war beispielsweise Kurt Lindner, langjähriger Ausbilder und Leiter der Duisburger Kriminalpolizei, während der Nazi-Zeit SS-Hauptsturmführer und Leiter der Führungsschule des SD, der berüchtigten Folter- und Mord-Elite Himmlers, die für die bestialische Ermordung Hunderttausender Kommunisten, Widerstandskämpfer und Juden verantwortlich war.

Im Verlauf seiner Rede wies Genosse Ernst nach, daß mit den Prozessen wie dem gegen ihn und zahllosen anderen gegen Genossen unserer Partei uns – unter Umgehung eines Parteiverbots – unmöglich gemacht werden soll, das Programm unserer Partei, das auf dem Marxismus-Leninismus beruht, überhaupt zu propagieren, wenn wir schon bei dem Gebrauch von Worten wie „Ausbeuter" oder „Kapitalistenstaat" mit Tausenden DM Geldstrafe rechnen müssen.

In seinem Schlußwort sprach Genosse Ernst über die Faschisierung in der Bundesrepublik. Im Urteil der ersten Instanz hatte es geheißen, daß Genosse Ernst Aust unseren Staat verleumde, der der freiheitlichste und demokratischste unserer Geschichte sei. Genosse Ernst Aust wies nach, daß selbst dies erlogen sei, da die Verfassung der Bundesrepublik noch bei weitem reaktionärer sei als die der Weimarer Republik und Westdeutschland heute neben dem Spanien der Monarchofaschisten das reaktionärste Land Westeuropas sei. „Und deshalb", sagte Genosse Ernst Aust, „sind wir allerdings Verfassungsfeinde, Feinde dieser Verfassung und dieses Staates, den wir durch einen anderen, den sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern ersetzen wollen durch die Revolution und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats."

Zum Schluß sagte Genosse Ernst: „Eines ist aber klar. Ein zweites 1933, einen zweiten Faschismus wird es nicht geben. Auch wir haben gelernt und werden uns vorbereiten. Der zweite Versuch, eine offene, terroristische, blutige Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie zu errichten, wird scheitern und ihrer Ausbeuterherrschaft wird die proletarische Revolution, der Sozialismus, ein Ende bereiten."

Im Prozess gegen den 'Roten Morgen'

500 DM Geldstrafe- Einziehung des 'Roten Morgen'

500 DM Geldstrafe lautete das Urteil im jüngsten Prozeß gegen den „Roten Morgen". Außerdem verfügte das Gericht die Einziehung der Ausgaben Nr. 19 und 25/76, die die angeklagten Artikel enthielten.

Zu Beginn des Prozesses stellte die Verteidigung einen Antrag auf Anwendung des sogenannten „Parteienprivilegs". Dieser Antrag wurde zum einen damit begründet, daß sich allein aus der Tatsache, daß hier Artikel des Zentralorgans der KPD/ML angeklagt sind, ergibt, daß die Linie der KPD/ML und nicht etwa die Meinung einer einzelnen Person angeklagt ist. Zum zweiten hatte der Staatsanwalt selbst in seiner Anklageschrift davon gesprochen, daß die Anprangerung des Terrors der Polizei „politisch motiviert" sei. Was ist aber diese „politische Motivation" anderes als die Weltanschauung unserer Partei, der Marxismus-Leninismus, der feststellt, daß jeder kapitalistische Staat ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuterklasse über die Werktätigen ist!

Nachdem dieser Antrag – wie üblich – abgelehnt wurde, gab die verantwortliche Redakteurin Renate Bäthies eine kurze Erklärung ab, in der sie feststellte, daß es der Klassenjustiz mit ihren Prozessen gegen den „Roten Morgen" weder gelungen ist, die Partei und die angeklagten Genossen einzuschüchtern noch das Anwachsen der Sympathien für den „Roten Morgen" unter den Werktätigen zu verhindern. „Dieses Ziel", sagte Genossin Renate, „wird auch in diesem Prozeß nicht erreicht werden. Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten." Weitere Erklärungen gab die Genossin während des Prozesses nicht ab.

Anschließend wurde ein Antrag gestellt, das sogenannte Krauland-Gutachten zu verlesen zum Beweis dafür, daß Genosse Günter Routhier an den Folgen des Polizeieinsatzes im Arbeitsgericht Duisburg starb. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, er sei ohne Bedeutung, da er höchstens eine fahrlässige Tötung beweisen könne! Der Vorsitzende, Richter Weiß, ging später in seiner Urteilsbegründung sogar noch weiter und erklärte, der Antrag sei auch deshalb bedeutungslos, weil er selbst dann, wenn jemand ein Mörder sei, immer noch eine Beleidigung bedeute, wenn man ihn Mörder nenne! Nicht weniger zynisch war es, als der Richter ebenfalls in der Urteilsbegründung der Angeklagten „zu Gute hielt", daß der „Tatbestand nicht bis ins Letzte aufgeklärt sei"! In Wirklichkeit sind die Tatsachen über die Todesumstände des Genossen Günter Routhier seit Jahr und Tag vollständig aufgeklärt. In jedem Prozeß haben die Genossen der KPD/ML sie auf den Tisch gebracht. Dagegen war es die Klassenjustiz, die sie immer wieder neu verdreht und auf den Kopf gestellt hat, um die KPD/ML weiter verfolgen zu können. Wenn jetzt die gleiche Klassenjustiz den „Roten Morgen" verurteilt, seine Einziehung verfügt und dabei noch davon schwätzt, daß sie dem Angeklagten „zu Gute halte", daß der Fall nicht bis „ins Letzte aufgeklärt" sei, ist das nichts als Hohn. Trotzdem ist das Urteil in diesem Prozeß – im Vergleich zu den hohen Gefängnisstrafen vor allem gegenüber dem Genossen Gernot Schubert – natürlich ein gewisser Erfolg. Ein Erfolg, der aber niemanden darüber täuschen darf, daß es der Klassenjustiz nach wie vor darum geht, den „Roten Morgen" auszuschalten, wie die Verfügung über die Einziehung des „Roten Morgen" auch in diesem Prozeß zeigt.

Großkundgebung in Rom

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Wie bereits berichtet, fand am 23. Januar in Rom eine Großkundgebung des proletarischen Internationalismus statt, an der auf Einladung der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien aus Argentinien, Chile, Spanien, Griechenland und Deutschland teilnahmen. Grußadressen sandten die Partei der Arbeit Albaniens und die Kommunistische Partei Brasiliens. Genosse Fosco Dinucci und auch die Vertreter der anderen Parteien bekräftigten in ihren Redebeiträgen die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte und betonten, daß es die Pflicht aller Marxisten-Leninisten ist, gegen alle revisionistischen und opportunistischen Theorien und Losungen im Kampf gegen den Imperialismus einen prinzipienfesten Kampf zu führen.

Aus Platzgründen können wir leider nicht alle Redebeiträge im „Roten Morgen" wiedergeben. Wir verweisen deshalb auf eine in Kürze in der Reihe „Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt" erscheinende Dokumentation dieser Großkundgebung sowie auf die Nummer 4 der Radio-Tirana-Hefte. Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Rede des Genossen Fosco Dinucci und der Grußansprache des Genossen Ernst Aust ab.

Rede des Genossen Fosco Dinucci (Auszüge)

Genosse Fosco Dinucci, Generalsekretär der KPI/ML, sagte in seiner Rede unter anderem:

„Diese Massenversammlung im Zentrum Roms ist von großer Bedeutung für den proletarischen Internationalismus. Hier sind versammelt Genossinnen und Genossen, Arbeiterinnen und Arbeiter, viele junge Arbeiter und Studenten, alle von einem revolutionären Schwung beflügelt. Wir haben einige Bruderparteien eingeladen, die in schwierigeren Situationen kämpfen, in der Illegalität und unter besonderen Kampfbedingungen. Sie werden auf dieser Kundgebung das Wort ergreifen und uns dadurch die Möglichkeit geben, ihren Schwung noch mehr zu empfinden, ihren ganzen Opfergeist, die ganze Kraft, mit der sie ihre antifaschistische Schlacht, die Schlacht für die Freiheit, die Schlacht für die großen Ideale des Sozialismus und Kommunismus schlagen.

Genossen, ich möchte hier Euren tiefen internationalistischen Geist, den internationalistischen Geist der italienischen Arbeiter bekunden, indem ich von dieser Tribüne aus allen marxistisch-leninistischen Parteien die brüderlichsten internationalistischen Grüße entbiete. Wir versichern ihnen, wir versichern dem Weltproletariat, daß wir, während wir den Klassenkampf in Italien führen, unsere Pflicht bis zuletzt erfüllen werden, bereit, auch das Leben für den proletarischen Internationalismus, für die Befreiung der Völker und für die Sache der Weltrevolution hinzugeben.

Wir sind hier zusammengekommen, um unsere große Entschlossenheit zu bekunden, gegen die Vorherrschaft und Kriegspolitik der beiden Supermächte, gegen die Präsenz der Militärstützpunkte und Flotten der USA und der UdSSR im Mittelmeer, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Kapitalismus und Revisionismus, gegen alle Reaktionäre zu kämpfen.

Unser Ziel ist, die innere und internationale Einheitsfront zu festigen, für die vollständige nationale Unabhängigkeit und für die Sache der Revolution zu kämpfen. In der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution hat, wie Lenin betonte, der Kampf für die nationale Unabhängigkeit in enger Verbindung mit der revolutionären Perspektive des Sozialismus, des Kommunismus besondere Bedeutung."

Nachdem Genosse Dinucci über den internationalistischen Geist des italienischen Proletariats und der wahren italienischen Kommunisten vor und nach dem zweiten Weltkrieg gesprochen hatte, sagte er: „Als die togliattistischen, chruschtschowistischen Führer den proletarischen Internationalismus verrieten, waren wir Marxisten-Leninisten es, die den Kampf mit größter Treue fortsetzten. Wir reihten uns neben die Partei der Arbeit Albaniens ein, die als erste gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Chinas den Chruschtschowschen Verrat brandmarkte, der sich organisch als moderner Revisionismus auf dem 20. Parteitag der KPdSU zeigte. Laßt uns unseres entschlossenen Kampfes gedenken, unseres Beitrags Anfang der sechziger Jahre, unserer Aktivität."

Nachdem er hervorgehoben hatte, daß in dieser komplexen Situation Genosse Enver Hoxha im Namen der PAA mit größtem politischen Mut auf der Beratung der 81 Parteien Chruschtschow und die anderen revisionistischen Führer entlarvte, fuhr Genosse Fosco Dinucci fort: „Damals war die Schlacht nicht so klar, wie sie sich heute darstellt. Die PAA hat das große historische Verdienst, daß sie als erste vor den revisionistischen Führern den Verrat Chruschtschows brandmarkte. Dieser Akt wird einer der bedeutendsten und entscheidensten Handlungen der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung bleiben.

„Heute setzt sich die italienische Arbeiterklasse", hob Genosse Dinucci hervor, „angesichts der Krise, die unser Land, die kapitalistische und revisionistische Welt heimgesucht hat, immer entschlossener gegen die Maßnahme der Unternehmer und ihre revisionistischen und sozialdemokratischen Handlanger zur Wehr, sie nimmt immer aktiver an dem Kampf gegen den Faschismus und die Gefahren der Faschisierung teil. Wir müssen eine antikapitalistische Einheitsfront und für die nationale Unabhängigkeit schaffen. Dafür müssen die Arbeiterklasse und die Volksmassen ständig mobilisiert werden, wir müssen dafür kämpfen, daß die Stützpunkte der USA und der NATO aus unserem Land verjagt werden, daß Italien aus der Nato austritt, daß dem sozialimperialistischen Eindringen Einhalt geboten wird. Eine Losung der Arbeiterklasse, der Volksmassen muß heute mehr denn je sein **„Die amerikanischen und sowjetischen Kriegsflotten raus aus dem Mittelmeer! Kämpfen wir für die vollständige Unabhängigkeit aller Mittelmeervölker! Die beiden Supermächte sind die schlimmsten Feinde der Menschheit!"**

Jedem imperialistischen Feind, der unser Land besetzen sollte, werden sich die Volksmassen mit ihrem revolutionären Krieg für die nationale Unabhängigkeit entgegenstellen. Wir werden den revolutionären Krieg entschlossen zu Ende führen, so wie wir es auch mit dem Partisanenkrieg taten. Wir werden ihn bis zuletzt für die nationale Unabhängigkeit und für die Sache der Revolution führen. Wir müssen immer mehr die weltweite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte auf der Grundlage des Bündnisses des Proletariats mit den unterdrückten Völkern in der ganzen Welt erweitern. Die wichtigsten Bollwerke dieser breiten Front sind das sozialistische China und das sozialistische Albanien."

Ferner betonte Genosse Fosco Dinucci: „Vorsitzender Mao hat in seiner Erklärung vom 20. Mai 1970 hervorgehoben, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges bestehen bleibt und die Völker dagegen Vorbereitungen treffen müssen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution. Der Krieg kann verhindert werden, wenn die Völker ihre Wachsamkeit erhöhen, ihre Einheit verstärken und den Kampf beharrlich fortsetzen. Falls die Imperialisten den Krieg entfesseln, werden sie zweifellos Revolutionen im Weltmaßstab hervorrufen und so ihr Ende beschleunigen.

„In Italien und außerhalb von ihm", betonte Genosse Dinucci, „gibt es falsche Marxisten-Leninisten, Betrüger und Intriganten, die der Ansicht sind, gegen die beiden Supermächte, oder besser, nur gegen eine der beiden Supermächte, z.B. gegen den Sozialimperialismus, zu kämpfen, indem sie sich mit den reaktionären Kräften, mit den Faschisten zusammenschließen. Um die eine Supermacht zu bekämpfen, erklären sie, müsse man sich auf die andere stützen. Das ist die übelste Form des Opportunismus. Sie vergessen, daß der Kampf gegen die ausländische imperialistische Reaktion nur Wert hat, wenn er mit dem Kampf gegen die innere Reaktion verbunden wird. Sie bezeichnen hingegen die reaktionäre Bourgeoisie als Verteidiger der Unabhängigkeit, der nationalen Interessen.

Anschließend fuhr Genosse Dinucci fort: „Albanien steht entschlossen und fest als ein Bollwerk des Sozialismus in der Front gegen die beiden Supermächte. Unsere Delegation auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens konnte den tiefen internationalistischen Geist sehen, der die ganze politische Tätigkeit der Bruderpartei Albaniens beseelt. Der 7. Parteitag der PAA hat nicht nur für den Aufbau des Sozialismus im Land, sondern auch für den proletarischen Internationalismus eine wesentliche Bedeutung. Der Bericht des Genossen Enver Hoxha mit seiner taktischen und strategischen Richtlinie ist ein großer Beitrag für die internationale marxistisch-leninistische kommunistische Bewegung, er ist ein wirklicher Prüfstein für alle marxistisch-leninistischen Parteien. Die neue Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zeigt uns, was der glänzende Weg der Entwicklung der Diktatur des Proletariats, der glänzende Weg des vollständigen Aufbaus des Sozialismus ist, um zum Kommunismus zu gelangen. Albanien steht als ein Leuchtfeuer für das Proletariat und die marxistisch-leninistischen Parteien. Es erhält mehr denn je Vertrauen in die Perspektive der proletarischen Revolution, in die Diktatur des Proletariats, in die Ideale des Sozialismus und Kommunismus lebendig.

Heute ist es notwendiger denn je, die Ideale der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats, des Sozialismus und Kommunismus zu verteidigen und hochzuhalten. Es existieren Opportunisten aller Schattierungen, häufig auch falsche Marxisten-Leninisten, die ausgehend von dem komplizierten Charakter der Probleme der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus, der verschiedenen Aspekte des Klassenkampfes das Vertrauen in die revolutionären Ideale zu unterhöhlen trachten. Angesichts dieser Manöver, angesichts der Bemühungen, eine opportunistische Linie in die marxistisch-leninistische Bewegung einzuschleusen, müssen wir betonen, daß angesichts der Entartung der kapitalistischen und revisionistischen Welt diese Ideale die einzige Perspektive für das Proletariat und die Massen in der ganzen Welt darstellen, damit auf den Resten der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit errichtet werden kann.

Nachdem Genosse Dinucci auf den heroischen Kampf der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Parteien eingegangen war und der Revolutionäre gedacht hatte, die im Kampf für die sozialistische Revolution in ihren Ländern gefallen sind, und die", so sagte er, „wir an die Seite Gramscis, der in den faschistischen Gefängnissen ermordet wurde, an die Seite unserer Partisanen einreihen, die im Kampf gefallen sind oder durch die Foltern der Nazifaschisten den Tod gefunden haben, fuhr er fort:

„Genossen! Für diese Ideale werden wir, die Mitglieder der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und des Verbandes der Jugend, indem wir den Kampf im Land fortsetzen, zugleich die internationalistischen Aufgaben bis zuletzt erfüllen, werden wir uns unentwegt dafür einsetzen, die Bande zwischen den Bruderparteien zu verstärken, für die Einheit des Proletariats in der ganzen Welt, für die Einheit aller revolutionären Kräfte. Wie begrüßen die jüngste gemeinsame Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, jeden Schritt vorwärts hinsichtlich des proletarischen Internationalismus. Wir wollen einen kämpferischen Internationalismus, einen aktiven Internationalismus, eine immer engere Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien. Unser Schlachtruf ist und wird stets sein „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"



Die von der KP Italiens/ML organisierte internationale Kundgebung in Rom wurde in einer begeisternden, revolutionären Atmosphäre abgehalten.

Rede des Genossen Ernst Aust (Auszüge)

In seiner Grußansprache sagte Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, unter anderem:

„Wir haben uns hier zusammengefunden, um uns entgegen dem revisionistischen Friedens- und Abrüstungsgeschwätz, der wachsenden Kriegsgefahr bewußt zu werden, die von der Rivalität und dem Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte ausgeht. Aber was sollen wir angesichts der wachsenden Kriegsgefahr tun? Sollen wir, wie es die modernen Revisionisten im Auftrag ihrer imperialistischen Oberherren tun, das Volk im Gefühl einer falschen Sicherheit wiegen und im Pazifismus erziehen, sollen wir ihm einreden, daß nur die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den beiden Supermächten den Krieg vermeiden und den Frieden sichern kann? Nein!

Wir halten es da mit dem Genossen Enver Hoxha, der auf dem 7. Parteitag der PAA gesagt hat: **„Der Frieden und die internationale Sicherheit in Europa und auf der Welt werden nicht durch die Herstellung der Eintracht und des Gleichgewichts unter den Supermächten erreicht, sondern durch den Kampf gegen die imperialistischen Erpressungen und Einmischungen, durch das Ringen der Völker um ihre Befreiung, durch die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität."**

Oder sollen wir gar Leuten folgen, die sich Marxisten-Leninisten bzw. Kommunisten nennen und empfehlen, um das Vaterland zu verteidigen, sich mit der eigenen Monopolbourgeoisie zu verbünden, die die militärische Besetzung unserer Heimat durch den USA-Imperialismus gutzuheißen und zu akzeptieren, angeblich, weil man in den Zähnen des Wolfes den besten Schutz vor den Krallen des Tigers hätte? Die uns empfehlen, im Kampf gegen die eine Supermacht uns auf die andere zu stützen?

Nein, denn das hieße nichts anderes, als im Kampf gegen den Teufel sich auf den Beelzebub zu stützen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten erzieht das deutsche Volk dazu, sich im Kampf gegen die Kriegspolitik des Imperialismus, vor allem der beiden imperialistischen Supermächte, mit allen Völkern der Welt zusammenzuschließen. Sie tritt dafür ein, alles auszunutzen, auch die zwischenimperialistischen Widersprüche, um die beiden Hauptkriegstreiber maximal zu isolieren. Sie bekämpft aber alle Elemente, die die wachsende Kriegsgefahr zum Vorwand nehmen, um die Kapitulation vor dem Imperialismus und die Versöhnung mit ihm zu propagieren. Gegen Revisionismus, Chauvinismus und Kapitulantentum verteidigt die KPD/ML die Grundinteressen des Proletariats und die Auffassung, daß die Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland der beste Beitrag unseres Volkes im Kampf gegen die beiden Hauptkriegstreiber und die größte Stärkung der Kräfte des Friedens in der Welt durch unser Volk wäre.

„In der Praxis des Klassenkampfes", betonte er ferner, „stehen in unserem Land der Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der beiden Supermächte und der Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation in enger Beziehung zueinander. Nun ist der Kampf der Partei gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der beiden Supermächte und für die nationale Einheit Deutschlands nicht die einzige Front, an der wir kämpfen, der alleinige Hebel, mit dem wir das Proletariat, die werktätigen Massen an die Aufgabe zum Sturz der herrschenden Klasse, an die sozialistische Revolution heranführen", betonte Genosse Ernst Aust und ging anschließend auf den Kampf gegen die sich verschlechternde Lage der Werktätigen und die wachsende Faschisierung in der Deutschen Bundesrepublik ein.

„Unsere Partei, die KPD/ML", fuhr Genosse Ernst Aust fort, „hat es immer als ihre Aufgabe angesehen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle Kämpfe zu unterstützen, die der Verbesserung der Kampfbedingungen des Proletariats und der werktätigen Massen, dem Sieg der Revolution und der Schwächung der Position der Bourgeoisie dienen. Es ist unsere Aufgabe, in die spontane Bewegung der Werktätigen das sozialistische Bewußtsein hineinzutragen, um die Arbeiter von dem rein gewerkschaftlichen Weg zu lösen. Es ist unsere Aufgabe, in diesen Kämpfen den Rahmen der bürgerlichen Legalität zu sprengen, den Charakter einer reinen Verteidigung gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu sprengen und sie in Angriffskämpfe gegen die Festungen der Bourgeoisie zu verwandeln.

Genossen und Genossinnen, erlaubt mir, abschließend noch einige Worte über den proletarischen Internationalismus, über die Beziehungen zwischen unseren marxistisch-leninistischen Bruderparteien zu sagen. Unsere Partei ist Teil der marxistisch-leninistischen Weltbewegung, und in diesem Rahmen hat sie ihre Pflichten bewußt erfüllt. Wir berücksichtigen auch die Tatsache, daß in einigen Ländern, wo unsere Bruderparteien kämpfen, andere Organisationen, Gruppen oder Zirkel bestehen, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen. Dieses Problem haben wir stets im Sinn des proletarischen Internationalismus behandelt. Unsere Haltung in dieser Frage, in der Frage, welches in anderen Ländern, in denen die kommunistischen Parteien revisionistisch entartet sind, unsere marxistisch-leninistischen Bruderparteien sind, ist völlig klar. Es sind die Organisationen, die als erste in ihrem Land den Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten aufnahmen, die in der Hauptseite eine korrekte marxistisch-leninistische Politik verfolgen, die über ein Zentralorgan verfügen und im Landesmaßstab organisiert sind und arbeiten. Sie unterstützen wir vorbehaltlos und lehnen jeden Kontakt zu anderen Organisationen mit dem betreffenden Land ab, da diese keinesfalls marxistisch-leninistische Organisationen sein können, denn wären sie das, hätten sie sich der bestehenden marxistisch-leninistischen Partei angeschlossen und in ihren Reihen den Kampf für eine korrekte Politik geführt. In diesem Sinn", sagte Genosse Ernst Aust abschließend, „existiert für uns in Italien nur eine wirklich marxistisch-leninistische Partei, und das ist die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten mit Genossen Fosco Dinucci an der Spitze."

"Seife aus Ungeborenen"

Ein Greuelmärchen der 'Neuen Bildpost'

Um den Kampf der werktätigen Frauen in den kapitalistischen Ländern gegen das Verbot der Abtreibung zu unterdrücken, ist dem Vatikan keine Methode zu schmutzig. Selbst in den Giftküchen des Vatikans kaum noch zu überbieten dürfte allerdings die Hetze sein, mit der vor kurzem die „Neue Bildpost" aufwartete.

Unter der Überschrift: „Seife aus Ungeborenen" tischt dieses reaktionäre katholische Blatt, das in einer Auflage von 270 000 Exemplaren jede Woche in den Kirchen ausgelegt wird, folgende Geschichte auf:

Zwei Journalisten in England – ein gewisser Michael Litchfield und eine gewisse Susan Kentish – hätten aufgedeckt, daß die englische Kosmetikindustrie abgetriebene Embryos zur Herstellung von Seife und anderen Kosmetika benutzt. Um die Glaubwürdigkeit ihrer Behauptungen zu erhöhen, zitieren Litchfield und Kentish ausgiebig aus irgendwelchen Tonbandprotokollen „authentische" Berichte Betroffener. Und damit nicht genug, scheuen sich diese Lumpenjournalisten nicht einmal, den gerechten Kampf der werktätigen Frauen gegen das Abtreibungsverbot in eine Reihe mit Hitlers Massenmorden in den KZs der Faschisten zu stellen.

Die Prälaten und Priester mit und ohne Kutte, die in der Redaktion der „Neuen Bildpost" sitzen, haben allerdings übersehen, daß die ganze Geschichte schon vor Jahren Punkt für Punkt als Lüge entlarvt worden ist – oder noch schlimmer, sie haben bewußt und in voller Kenntnis der Tatsachen die englischen Hetzlügen wieder aufgewärmt.

Vor zwei Jahren schickte die bürgerliche „Sunday Times" mehrere Journalisten auf die Spur von Litchfield und Kentish, um die Richtigkeit ihrer Behauptungen zu überprüfen. Dabei stellte sich folgendes heraus:

- Die angeblichen Tonbandprotokolle existierten überhaupt nicht, alle angeblich wörtlichen Äußerungen Betroffener waren samt und sonders frei erfunden;
- Litchfield und Kentish hatten als Kronzeugen für ihre Behauptungen einen Arzt präsentiert, der angeblich Sympathien für Hitler hegt. **In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Arzt um einen Juden, dessen Frau und Sohn von den Faschisten in Auschwitz ermordet worden waren und der selbst in Dachau und Buchenwald eingekerkert war. Alles, was er angeblich gesagt haben soll, war nichts als reine Erfindung;**
- schließlich entpuppte sich Litchfield selbst als einfacher Hochstapler. Weder hatte er, wie von ihm behauptet, jemals in Boston (USA) studiert, noch ein Büro der Illustrierten „Life" geleitet, geschweige denn irgendwann einmal den Pulitzerpreis erhalten, wie er ebenfalls von sich behauptete.

Der ganze Bericht ist also nichts weiter als ein erfundenes Greuelmärchen, ein übles Machwerk, um die werktätigen Frauen einzuschüchtern, damit sie die Diskriminierung und Unterdrückung durch die Kapitalisten als „gottgegeben" hinnehmen und sich nicht zum Kampf dagegen erheben.



Kältewelle in den USA

Bereits über 100 Menschen erfroren

Über die USA ist eine gewaltige Kältewelle hereingebrochen. Es herrschen Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt, kälter als in den ganzen letzten hundert Jahren. In mehreren Bundesstaaten ist bereits die Energieversorgung zusammengebrochen. Über drei Millionen Menschen sind infolge von Betriebsschließungen arbeitslos geworden. Viele Menschen sitzen in ihren Wohnungen und frieren. Über 100 Menschen sind bereits erfroren.

Die Zeitungen sprechen von einer gewaltigen „Naturkatastrophe". Die „New York Times" schreibt: „Es gibt in diesem eingefrorenen Bild Amerikas keine ‚Konsumenten' und ‚Produzenten', sondern nur Opfer." Also ist das Ganze nur eine Frage des Wetters? Wie es zu dem Kälteeinbruch gekommen ist – das ist sicher eine Frage des Wetters, die den Meteorologen überlassen bleiben soll. Daß aber Millionen Menschen frieren müssen, den Ärmsten unter ihnen der Kältetod droht und daß Carter als Präsident dieses sich gern „bedeutendste Industrienation der Welt" nennenden Landes seinen Bürgern lediglich „warme Unterhosen" zu empfehlen weiß – das ist kein Wetterproblem, sondern das ist eine gesellschaftliche Frage, ist das Ergebnis der Herrschaft des Monopolkapitals in den USA.

Warum denn müssen Millionen Menschen in den USA frieren? Warum mußte vor einigen Tagen eine Familie mit mehreren Kindern den Kältetod sterben? Gibt es vielleicht nicht genügend Brennstoff in den USA? Es gibt ihn durchaus. Allein in Texas liegen Energiereserven bereit, die ausreichten, die ganzen USA sechs Monate lang zu versorgen. Daß diese Vorräte jedoch nicht in die Heizöfen der Werktätigen gelangen, liegt einzig und allein an den kapitalistischen Monopolen, die den Energiemarkt beherrschen: Sie halten das Gas zurück, weil ihnen die Preise, die sie dafür bekommen, nicht hoch genug sind. Soweit sie ihr Gas verkaufen, tun sie dies in Texas selbst, wo die Kältewelle nicht einmal die stärksten Ausmaße erreicht hat. Der Grund dafür: In Texas erhalten sie für ihr Gas zwei Dollar, in den übrigen US-Staaten auf Grund von Preisbindungen jedoch nur 1,40 Dollar. „Für 1,40 Dollar", so ein Vertreter der texanischen Energiemonopole, „würde ich noch nicht einmal nach Naturgas bohren."

Ob die Menschen frieren oder nicht, ob sie den Kältetod sterben – was interessiert das die US-Monopole, wenn es um ihren Profit geht? Ihnen kommt die Kältewelle in den USA vielmehr wie gerufen, um den Werktätigen noch höhere Preise für Brennstoffe abzupressen. Sie verlangen die Beseitigung jeder Preisbindung auf dem Energiemarkt und fordern auf diese Weise einen um 36 Milliarden höheren Profit. Dann würde es auch wieder genügend Gas geben.

Dies zeigt deutlich, daß es nicht das Wetter ist, sondern daß es die US-Monopole sind, die über die Werktätigen mit Eiseskälte herrschen und eine Diktatur der Ausbeutung, Ausplünderung und Erpressung über die Werktätigen ausüben.



Von Schneemassen vergrabene und zerstörte Autos, in denen zig Menschen erfroren

Rassisten ermorden Ordensschwestern

Die letzte Stunde des Rassistenregimes Ian Smith in Simbabwe (das die Imperialisten Rhodesien nennen), rückt immer näher. Während das Regime in aller Welt zunehmend isoliert ist und überall auf den Haß der Völker stößt, nimmt der Befreiungskampf des Volkes auf breiter Ebene einen immer stärkeren Aufschwung. Doch das Rassisten-Regime denkt nicht im Traum daran, freiwillig abzutreten. Im Gegenteil, es verstärkt seine Verbrechen von Tag zu Tag, um sich länger am Leben zu halten. Jüngstes Beispiel dafür ist der barbarische Überfall des Rassistenregimes auf eine Missionsstation in Nyashanu.

Im Einsatz war eine Armee-Einheit der rhodesischen Rassisten, die sich „Zealous-Scouts" nennt. Sie besteht aus gekauften weißen und schwarzen Söldnern und ist bereits von früheren Greueltaten gegen die Zivilbevölkerung her berüchtigt. Über den Überfall dieser Truppe auf die Missionsstation berichtet ein englischer Priester, der das Massaker überlebte, daß die Truppe auf brutalste Weise vorging: Sie zerrte die Priester und Ordensschwestern vor die Mission, stießen sie zu Boden, richteten die Gewehre auf sie und eröffneten das Feuer. Vier Ordensschwestern und drei Priester wurden dabei ermordet.

Der Zweck dieses Massakers des Rassistenregimes offenbarte sich kurz darauf, als der Rundfunk des Regimes verbreitete: Schwarze Guerillos hätten eine Missionsstation überfallen, Bargeld im Wert von rund 13 000 DM geraubt und die Missionswerkstatt sowie das Verwaltungsgebäude niedergebrannt. Die Priester und Ordensschwestern wurden also nur zu dem Zweck ermordet, um dieses blutige Verbrechen hinterher der Befreiungsbewegung des Volkes von Simbabwe in die Schuhe schieben zu können. Was kann deutlicher den verbrecherischen Charakter und die ganze Verkommenheit dieses gegen seinen Untergang ankämpfenden Rassistenregimes beweisen? Aber auch dieses Verbrechen, das dadurch offenbar wurde, daß Zeugen des Massakers überlebten, wird nicht dazu beitragen, dieses mörderische Regime am Leben zu erhalten, sondern es wird den Haß aller Völker auf diese Verbrecher noch mehr schüren und zu einer noch breiteren Unterstützung der Befreiungsorganisationen des Volkes von Simbabwe in ihrem gerechten Kampf zur vollständigen Zerschlagung des faschistischen Regimes führen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.: 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.